### Hohe Wertschätzung für die Älteren

9. Altenparlament M-V in Schwerin – Vorbild für andere Bundesländer



Ministerpräsident Erwin Sellering in seinem Grußwort: Seniorinnen und Senioren sind für die Landesregierung unersetzliche Partner

Mancher erinnert sich vielleicht noch oder liest im Seniorenkurier Nr. 3/1999 nach. Damals teilten wir mit: "Am 22. September wird in Schwerin am Sitz des Landtags erstmals ein Altenparlament zusammentreten. Hierauf verständigten sich schon zu Jahresbeginn Landtagspräsident Hinrich Kuessner und der Vorstand des Landesseniorenbeirats." Es war das erste in den ostdeutschen Bundesländern überhaupt. Die wertvollen Erfahrungen, die das benachbarte Schleswig-Holstein schon seit einem Jahrzehnt mit seinen Altenparlamenten gesammelt hatte, wurden ideenreich genutzt. "Heute", so die Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider in ihrem Grußwort zum neunten Altenparlament am 16. März 2016, "können wir mit Stolz feststellen, dass sich nunmehr die Anderen an unserem Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern orientieren."

Das Selbstverständnis der älteren Generation hat sich seit 1999 gewandelt, und auch die Thematik ist breiter, facettenreicher geworden. Aus Gesundheit und Sozialem wurden beschlussreife und generationenübergreifende Komplexe, die das gesellschaftliche Leben bestimmen. Der räumliche Rahmen hatte sich diesmal geändert: Wegen der Bauarbeiten im künftigen Plenarsaal im Schloss musste, quasi als Ausweichplatz, der Rittersaal in der Restauration "Ritterstube" genutzt werden – dies tat

Fortsetzung auf Seite 3

# Aus dem Inhalt Seite 17 Nachdenken über Hausärzte von morgen Seite 21 Erster Kaminabend: Gespräche auf Augenhöhe Seite 29 Aus Landkreisen und Städten

#### Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des "Seniorenkuriers",

in dieser Ausgabe finden Sie die Beschlüsse des 9. Altenparlaments und die Resolution zur Vermeidung von Altersarmut. Bereits frühzeitig wurden die Seniorenorganisationen des Landes in die Themenauswahl und die inhaltliche Gestaltung der Leitanträge einbezogen. Für zahlreiche konstruktive Hinweise und Zuarbeiten an die Arbeitskreise des Organisationskomitees des 9. Altenparlaments herzlichen Dank. Gegenwärtig stellen die Parteien ihre Wahlprogramme für die bevorstehenden Landtagswahlen vor. Jeder kann nun prüfen, inwieweit die Beschlüsse des Altenparlaments sich in den Programmen wiederfinden lassen und die Grußworte der Vertreter der Fraktionen ernst gemeint waren.

In der Resolution fordern die Delegierten des Altenparlaments die Stärkung der gesetzlichen Rente und die Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Nachdem Riester gescheitert ist, fordert die Arbeitsministerin Nahles erneut eine private Vorsorge durch die Erhöhung des Anteils der Betriebsrenten von 50 auf 80 Prozent. Was wird aus den verbleibenden 20 Prozent?

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fordert in einem rentenpolitischen Grundsatzpapier die Stärkung der Riesterrente und die Absenkung des Rentenniveaus. Für sie die kostengünstigste Lösung. Ein Anstieg von Altersarmut sei angeblich kaum zu erwarten.

Von der Rentenangleichung der Rentenwerte Ost an West hört man zur Zeit von der Bundesregierung sehr wenig. Wird dieses Thema erneut bewusst totgeschwiegen und die biologische Lösung bevorzugt? Deshalb unterstützen wir die Forderung unseres Ministerpräsidenten zur umgehenden Rentenangleichung, entspricht sie doch dem Anliegen der Resolution und dem Auftrag der Delegierten des 9. Altenparlaments.

Bernd Rosenheinrich Vorsitzender des Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Vitanas



### Tag der offenen Tür

25. Juni 2016 10.00 Uhr - 13.00 Uhr

Seit über 10 Jahren individuelle Pflege, Aktivität und Lebensfreude. Lernen Sie uns kennen – sprechen Sie mit Mitarbeitern sowie Bewohnern und genießen Sie unsere hausgemachten Köstlichkeiten.

### Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten

Adam-Scharrer-Weg 12, 19053 Schwerin, ☎ (0385) 51 19 - 0 www.vitanas.de/amschlossgarten

### Lebensfreude bei Vitanas

Vitanas



Seit über 10 Jahren verbringen ältere Menschen im Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten einen erfüllten Lebensabend. Hier erhalten sie eine individuelle Pflege und erfreuen sich an den zahlreichen Therapieund Freizeitangeboten. Ausflüge, Gedächtnistraining, Gartenarbeit, Sturzprophylaxe und

wöchentliche Chorproben – den Interessierten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung, um körperlich und geistig aktiv zu sein. Im zertifizierten Wohnbereich für Bewoh-

ner mit Demenz gibt ein biographie-orientierter Tagesablauf den Senioren Struktur und Sicherheit. Vertraute Gesichter schaffen eine heimische Atmosphäre.

Für das leibliche Wohl der Bewohner sorgen die Mitarbeiter in der hauseigenen Küche. Die frisch zubereiteten Mahlzeiten werden immer wieder gelobt. Und so bietet das Vitanas Senioren Centrum Am

Schlossgarten eine Atmosphäre, in der sich die Senioren wohl

und geborgen fühlen.

Machen Sie sich beim Tag der offenen Tür selbst ein Bild. Lassen Sie sich durch das Senioren Centrum führen oder halten Sie einen gemütlichen Plausch mit den Bewohnern auf der Terrasse.

#### **Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten**

Adam-Scharrer-Weg 12, 19053 Schwerin, ☎ (0385) 51 19 - 0, www.vitanas.de

der lebhaften Arbeitsatmosphäre in den beiden Arbeitskreisen und im Plenum jedoch keinesfalls Abbruch. Geblieben war die Zahl der Delegierten: 71 – entsprechend der Zusammensetzung im Landtag. Sie vertraten 27 verschiedene Seniorenorganisationen, Vereine, Verbände, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Seniorenbeiräte.

#### Mitwirkung ist festgeschrieben

In seiner Ansprache stellte Bernd Rosenheinrich, Präsident des 9. Altenparlaments und Vorsitzender des Landesseniorenbeirats, das Seniorenmitwirkungsgesetz als "wesentliche Grundlage für die gegenwärtige Stellung unseres Altenparlaments" in den Mittelpunkt und begrüßte die Entfristung durch den Landtag 2015. Er verwies auf die Einschätzung von Dr. Christine von Blanckenburg vom Nexus-Institut Berlin auf der LSB-Herbsttagung 2014, wonach das Seniorenmitwirkungsgesetz M-V im Vergleich zu ähnlichen Gesetzen in Berlin, Brandenburg und Thüringen "die weitestgehenden Mitwirkungsmöglichkeiten von Senioren bei der politischen Partizipation in einem Bundesland" bietet. Über die reine Interessenvertretung hinaus sollen auch die Beziehungen zwischen den Generationen verbessert werden.

Auf dem 8. Altenparlament wünschte sich Andreas Beck vom Landesjugendring M-V eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Seniorinnen und Senioren, denn junge und ältere wie auch ganz alte Menschen hätten viel gemeinsam in ihrem Engagement und besonders im ländlichen Raum ähnliche Probleme. "Zwischenzeitlich hat der Generationendialog bereits begonnen." In gemeinsamen Gesprächsrunden konnte eine "große Übereinstimmung der Probleme und Standpunkte von Jugendlichen und Älteren" bei Themen wie Mobilität, Wohnen oder Integration von Flüchtlingen festgestellt werden. Rosenheinrich nannte ein Beispiel aus dem Landkreis

Ludwigslust-Parchim. Zu den Vorbereitungsgesprächen musste ein Jugendlicher von seinem Vater jeweils hingebracht und zurückgeholt werden, da es keine Verbindung des ÖPNV ins Dorf gibt. "Dieses Problem beschäftigt auch viele Ältere."

Wichtige Entscheidungen zur Seniorenpolitik des Landes werden in der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" vorbereitet und getroffen. Seit dem letzten Parlament wurden die Themen Wohnen im Alter; Mobilität im Alter; Alter und Gesundheit / Pflege; Bildung / Arbeit im Alter; Bürgerschaftliches Engagement / Gesellschaftliche Teilhabe; Infrastruktur / Daseinsvorsorge behandelt, zwei Zwischenberichte 2014 und 2015 vorgelegt und Handlungsempfehlungen für einzelne Themenkomplexe beschlossen. In den vergangenen fünf Jahren wurden viele Grundlagenexpertisen vorgestellt und Anhörungen von Experten durchgeführt. Dabei ist viel wertvolles Material erarbeitet worden. "Deshalb ist für uns wichtig zu wissen, wie geht es nach dieser Legislaturperiode mit den umfangreichen Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen weiter?"

Im Jahr 2014 wurde durch die Landesregierung der Strategiebericht von 2011 "Mecklenburg-Vorpommern – weltoffen, modern, innovativ - den demografischen Wandel gestalten" überarbeitet. Bereits zum letzten Parlament wurde kritisch angemerkt, dass die Aussagen dieses Berichtes mit Vereinen, Verbänden, Kammern, Gewerkschaften und Vertretern der Kommunen diskutiert werden sollten. Dies ist aber nicht geschehen. "Wir hatten nun erwartet, dass dies nach der Überarbeitung nachgeholt werde. Leider Fehlanzeige!" Der Landesseniorenbeirat begrüßte die Überarbeitung dieses Berichts in der vorgelegten Form und stimmte den grundsätzlichen Aussagen zu, die von den Altenparlamenten schon seit 1999 mehrfach formuliert wurden. "Bereits damals hatten wir darauf verwiesen, dass es zur steigenden Altersarmut keine Aussagen gab. Daran hat sich leider nichts geändert.

Wir sehen diese Entwicklung mit Sorge. Für 90 Prozent der Senioren ist die gesetzliche Altersvorsorge die einzige Leistung. Betriebsrenten oder eine ausreichende private Vorsorge sind auf Grund der Entwicklung unseres Landes und der Lohnpolitik der Vergangenheit nicht typisch." Der Armutsforscher Christoph Butterwegge sei sogar der Meinung, dass Armut in Deutschland politisch gefördert werde. Die Gesellschaft brauche die Armut als Abschreckung. So werde die Leistungsgesellschaft zusammengehalten. Beispielsweise würden die größten Vermögen von der Besteuerung freigestellt.

"Wir begrüßen die Aktivitäten unseres Ministerpräsidenten zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West", betonte der LSB-Vorsitzende. Inzwischen fordern dies auch die anderen Landesregierungen der ostdeutschen Bundesländer. "Mit etwas mehr politischem Willen hätte die Bundesregierung längst eine Teilangleichung als ersten Schritt vollziehen können." Die Landeseniorenvertretungen der ostdeutschen Bundesländer haben, um mit einer Stimme bei allen gemeinsam betreffenden Problemen zu sprechen, eine Regionalkonferenz der ostdeutschen Landesseniorenvertretungen ins Leben gerufen.

#### Grußworte und Reaktionen

In seinem Grußwort zum 9. Altenparlament hatte Ministerpräsident Erwin Sellering betont: "Es ist einfach eine große Ungerechtigkeit, dass es mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit noch immer eine Rente Ost und eine Rente West gibt. Und es ist eine Frage der Anerkennung von Lebensleistungen, dass wir zu einem einheitlichen Rentensystem in West und Ost kommen." Er lobte die Arbeit des Altenparlaments: "Hier nehmen Sie Ihre Angelegenheiten mit all Ihrer Erfahrung selbst in die Hand. Hier machen Sie mit bei der Entwicklung unseres

schönen Landes: Hier bringen Sie Ihre Vorschläge und Ideen ein – als unersetzlicher Partner für die Landesregierung, wenn es um die Belange der älteren Generation geht."

Der seniorenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jörg Heydorn, hob hervor: Das Altenparlament zeige, dass sich das 2010 eingeführte Seniorenmitwirkungsgesetz als Instrument für eine aktive Beteiligung Älterer bewährt hat. "Deshalb war es richtig, das Gesetz im vergangenen Jahr zu entfristen und dafür zu sorgen, dass Ältere auch weiterhin umfassende Mitwirkungsrechte haben."

"Veränderte Sozialstrukturen tragen mittelfristig dazu bei, dass der Wunsch, sich im Alter selbst verantworten zu können, weiter zunehmen wird." Das betonte Maika Friemann-Jennert für die CDU-Fraktion. Die Forderungen der Alten ernst zu nehmen und konkrete Schritte einzuleiten forderte Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion. Im Mittelpunkt stünden die Anträge "Wohnen im Alter" und "Sicherung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum". Beiden Anträgen lägen "spezifische Bedürfnisse und Anliegen von älteren Menschen zugrunde, sie tragen aber keinen Generationenkampf aus." Mit solchen aktiven Senioren wie den Delegierten des Altenparlaments "braucht unser Land den demografischen Wandel nicht zu fürchten", würdigte Silke Gajek von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen das Treffen. "Wir können nur hoffen, dass Ihre Leitanträge im Landtag und in der Landesregierung nicht nur Gehör, sondern auch Anwendung finden."

Starkes Für und Wider gab es in den beiden Arbeitskreisen. Besonders heftig wurde im ersten diskutiert, in dem es um das Wohnen im Alter ging. Gefordert wurde mit großem Nachdruck, dass Wohnungen nicht nur altersgerecht saniert, sondern auch bezahlbar gehalten werden müssten. Erhard Knoll vom Kreisseniorenbeirat Rostock hatte erklärt: "Die ältere Generation wird immer größer, doch es gibt nicht genügend altersgerechten Wohnraum", und Peter Sobottka vom Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund fügte hinzu: "In unserem Wohngebiet Knieper West gibt es zwei Plattenbauten aus den sechziger Jahren. Dort leben viele alte Menschen, doch es fehlt einfach das Geld, um Aufzüge einzubauen."

Im zweiten Arbeitskreis, "Soziale Infrastruktur auf dem Lande", verlangte Horst Ungelenk vom Kreisseniorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte flächendeckende Bus- und Bahnverbindungen auch an Fest- und Feiertagen.



Bernd Rosenheinrich, Präsident des 9. Altenparlaments

Die beschlossenen Leitanträge sowie die Resolution - die Texte finden Sie anschließend – sind inzwischen der Landesregierung übergeben worden. In seinem Schlusswort dankte der Präsident des 9. Altenparlaments allen Teilnehmern für die "konstruktive und disziplinierte Mitarbeit" und die guten Ergebnisse in den Arbeitskreisen. "Mit der verabschiedeten Resolution wollen wir besonders auf die wachsende Altersarmut auch in unserem Land aufmerksam machen." Das System der Alterssicherung sei dringend reformbedürftig. Dabei gehe es nicht um Kleinigkeiten, sondern um ein grundlegendes Umsteuern. "Es kann nicht sein, dass sich die Zahlbeträge der Neurenten immer weiter dem Grundsicherungsniveau annähern und immer mehr Ältere nach ihrem Arbeitsleben zu den Stammgästen der Tafeln werden." Altersarmut müsse präventiv bekämpft werden. "Dies sind wir auch nachfolgenden Generationen schuldig."

Das zehnte und damit Jubiläums-Altenparlament, so Bernd Rosenheinrich, werde voraussichtlich schon im neuen Plenarsaal des Landtags im Schloss stattfinden.

In den regionalen Medien fand das Altenparlament entsprechende Aufmerksamkeit. Von den Seniorenbeiräten wertete es als erster der Neubrandenburger in seinem "Info-Blatt" aus: "Auf der einen Seite geballte Seniorenpower und auf der anderen bedeutende Politprominenz, die in kurzen Statements ihre Meinung sagten, aber auch immer wieder zuhörten. Was bleibt? Drei bedeutsame Dokumente: Wohnen im Alter, Sicherung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum und die Resolution - gesetzliche Renten stärken, Altersarmut verhindern. Sie werden Anleitung für unsere Arbeit sein, und wir werden immer wieder nachfragen, ob sie nicht nur Gehör finden, sondern auch angewendet und umgesetzt werden. Wir haben uns vorgenommen, die aktuellen wie auch die zukünftigen Politiker, die wiedergewählt oder neu gewählt werden wollen, zu fragen:

- Wie steht ihr zur Altenpolitik im Allgemeinen und zur Rentenfrage?
- Wo seht ihr den Zusammenhang zwischen Wohnen im Alter und bezahlbaren sozialen Wohnungen?
- Welche Ideen habt ihr zur Zukunft der ländlichen Räume und zum Generationendialog?

Auch die Landesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE LINKE äußerte sich in einer ersten Stellungnahme positiv über die Ergebnisse des Altenparlaments. Die Vorsitzende Ute Kampschulte (Stralsund) hob hervor: "Die Beschlüsse der beiden Leitanträge waren richtig und wichtig. Noch wichtiger erschien mir, dass die Resolution zur Altersarmut beschlossen wurde; sie war ein wichtiges Signal an die Delegierten, die den Inhalt im Land verbreiten werden."

### **BESCHLUSS**

#### des 9. Altenparlaments zum Thema "Wohnen im Alter"

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es älteren und hochaltrigen Menschen ermöglichen, bis zum Lebensende eigenständig und selbstbestimmt in einer Wohnung im vertrauten Wohnumfeld zu leben. Dafür ist es insbesondere erforderlich:

# 1. Die Leistungsfähigkeit der Kommunen zur sozialen Daseinsvorsorge zu gewährleisten durch

- **1.1** ausreichende finanzielle Mittelzuweisungen,
- 1.2 Weiterentwicklung leistungsfähiger kommunaler Verwaltungsstrukturen, um Kommunen auch in ländlichen Räumen mit besonderen demografischen Herausforderungen zu ermöglichen, ihre Pflichten der Daseinsvorsorge für Ältere wahrzunehmen. Daseinsvorsorge für Ältere ist insbesondere zu gestalten durch
- **1.3** Förderung von Vereinen und Verbänden, die sich um Menschen mit Behinderungen, den Seniorensport sowie um das Wohl Älterer kümmern,
- **1.4** flächendeckenden Ausbau von niederschwelligen Kontakt- und Begegnungsstätten, Seniorentreffs, Gemeindehäusern, Mehrgenerationenhäuser etc. sowie die Bereitstellung sächlicher und personeller Ressourcen,
- **1.5** Aufbau einer leistungsfähigen Kümmererstruktur,
- **1.6** Sorge für eine bedarfsgerechte Mobilität, z.B. durch Organisation nachbarschaftlicher Fahrdienste, soweit öffentliche Verkehrsmittel nicht hinreichend zur Verfügung stehen,
- 1.7 Förderung mobiler sozialer Hilfsund Unterstützungsdienste sowie von Behindertenfahr- und Begleitdiensten, 1.8 Alten- und Seniorenberatung, Aufklärung und Auskunftserteilung, insbesondere zu den Hilfen zur Weiterführung des Haushalts gemäß § 71 SGB XII, 1.9 Ausbau und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit, um Angebote

bestmöglich auf den Bedarf abzustimmen, um kostspielige Doppelstrukturen und Konkurrenzen zu vermeiden,

1.10 Regionalstrategien zum Wohle

- **1.10** Regionalstrategien zum Wohle Älterer, die zwischen Landes- und regionaler Ebene abzustimmen sind,
- 1.11 Wahrnehmung der obersten Landessozialbehörde gemäß der mit § 7 SGB XII gegebenen Möglichkeit, die Träger der Sozialhilfe bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen, indem sie insbesondere den Erfahrungsaustausch zwischen den Trägern der Sozialhilfe sowie die Entwicklung und Durchführung von Instrumenten der Dienstleistungen, der zielgerichteten Erbringung und Überprüfung von Leistungen und Qualitätssicherung fördert.

# 2. Die Wohnraumversorgung für ältere Menschen in der angestammten Gemeinde absichern durch

- **2.1** Erhöhung der Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau und für Wohnen und Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen zur Schaffung von barrierefreiem Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten,
- **2.2** konsequente Umsetzung der Vorschriften der Landesbauordnung zur Barrierefreiheit,
- **2.3** Aufstockung der Fördermittel für den Einbau von Aufzügen,
- 2.4 ein soziales Wohnungsbauprogramm für den Abbau von Barrieren im Wohnungsbestand sowie für den Neubau barrierefreier Wohnungen, Wohnungszugänge und des Wohnumfeldes. Für diesen Zweck sind die dem Land Mecklenburg-Vorpommern vom Bund zur Verfügung gestellten Wohnungsbaumittel in vollem Umfang einzusetzen.
- 2.5 Weiterentwicklung bzw. Fortführung der Förderung des barrierefreien Umbaus sowie des Rückbaus von Barrieren im Wohnungsbestand durch Zuschüsse, unabhängig von deren Stand-

ort und Besitzverhältnissen. Dies muss auch für privat vermietete Wohnungen gelten.

- 2.6 Wirksame Unterstützung der Sozialämter bei der Erhaltung und Beschaffung von Wohnraum, der den Bedürfnissen alter Menschen entspricht. Mieter, deren Wohnungsmieten aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, dürfen nicht aus Kostengründen von der Nutzung hochwertiger barrierefreier Wohnungen ausgeschlossen werden.
- 2.7 Seniorinnen und Senioren, die Grundsicherung erhalten, müssen in ihren Wohnungen verbleiben dürfen.

  2.8 Fortbildung und Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landes- und Kommunalbehörden zu den gesellschaftlichen Anforderungen und Notwendigkeiten des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen insbesondere zur umfassenden Barrierefreiheit.

#### 3. Wohnraumberatung flächendeckend bereitzustellen, die

- 3.1 neutral und nicht mit kommerziellen Interessen verquickt werden darf,
  3.2 fachkundige Unterstützung Älterer bei der Beantragung von Fördermitteln und von Genehmigungen für bauliche Anpassung in der Wohnung leistet,
- **3.3** vernetzt ist mit Pflegestützpunkten, **3.4** niederschwellige Beratungsangebote bereit hält und abseits von zentralen Orten flächendeckend mobil bereitzustellen ist.
- 4. Die Interessenvertretungen von Betroffenen sind bei der Realisierung der Punkte 1 bis 3 auf allen politischen Entscheidungsebenen (Seniorenbeiräte, Beiräte von Menschen mit Behinderungen) einzubeziehen.

Fortsetzung auf Seite 6

#### **Begründung:**

Der Wunsch älterer Menschen ist es, eigenständig und selbstbestimmt im gewohnten Umfeld, in der angestammten Gemeinde, bis zum Lebensende wohnen bleiben zu können. Dabei wird die Möglichkeit, im Bedarfsfall Hilfeleistungen bei alltäglichen Angelegenheiten sowie auch häusliche Pflege und Versorgung in Anspruch nehmen zu können, als ebenso wichtig erachtet wie die gute Erreichbarkeit notwendiger Infrastruktureinrichtungen. Der möglichst lange Verbleib im gewohnten Wohnumfeld entspricht nicht nur dem Wunsch Älterer, er ist sozialpolitisch wie auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Voraussetzung, dies zu ermöglichen, ist eine funktionierende kommunale soziale Infrastruktur. Gute Lebensqualität verringert die Wahrscheinlichkeit von Pflegebedürftigkeit. Der barrierefreien Gestaltung des Wohnens in einem barrierefreien Wohnumfeld kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Dazu gehören insbesondere:

- 1. altersgerechte Daseinsvorsorge,
- 2. barrierefreier, mindestens barrierearmer Wohnraum,
- 3. beratende Unterstützung bei der Wohnungsgestaltung, des Wohnungszugangs und des Wohnumfeldes.
- 4. Neue Wohnformen (Mehrgenerationenhäuser, betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften) können die Notwendigkeit der Aufnahme in ein Pflegeheim verhindern.

#### Soziale Daseinsvorsorge

Die Lebensqualität der Menschen hängt sehr wesentlich von den Lebensbedingungen in der Wohnortgemeinde ab. Dies gilt insbesondere für Ältere, die, anders als Berufstätige, die meiste Zeit im Wohnort, im eigenen Wohnumfeld und in der eigenen Wohnung verbringen. Die Gestaltung der Lebensbedingungen für Ältere am Wohnort ist Aufgabe der Daseinsvorsorge in der Verantwortung der Ge-

meinden und Städte sowie Aufgabe der Altenhilfe in der Zuständigkeit des örtlichen Trägers der Sozialhilfe, also der Kreise und kreisfreien Städte.

Daseinsvorsorge ist Angelegenheit des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden. Dazu heißt es in der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns: "Die Gemeinden sind berechtigt und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln." Grundlage der Leistungsfähigkeit der Gemeinden ist deren finanzielle und personelle Ausstattung. Diese reicht jedoch in den meisten Gemeinden nicht aus, um die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft auch nur annähernd zufriedenstellend zu erfüllen. Auch die örtlichen Träger der Sozialhilfe sind angesichts der strukturellen Defizite sowie von Fehlsteuerungen nicht in der Lage, sogenannte freiwillige Aufgaben in notwendigem Umfang zu erbringen. Die Kosten stationärer Unterbringung Pflegebedürftiger werden vom Land getragen, während Kosten der Altenhilfe sowie der ambulanten Hilfen zur Pflege von der kommunalen Ebene zu tragen sind. Aus wirtschaftlicher Sicht der Kommunen gibt es keine Anreize, kommunale Mittel für den Verbleib Älterer im gewohnten Umfeld aufzuwenden, um stationäre Pflege zu vermeiden. Das ändert sich auch mit dem neuen Sozialhilfefinanzierungsgesetz (SozhfinanzG M-V) ab 2016 nicht. Die lange versprochene Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung, Finanzierung und Zielsetzung im Sinne der örtlichen Träger der Sozialhilfe sowie der älteren Menschen ist immer noch nicht realisiert. Möglichkeiten der Kommunen, eigene Einnahmen zu generieren, sind sehr begrenzt. Selbst wenn alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden, reichen die eigenen finanziellen Mittel der chronisch überschuldeten Kommunen nicht aus, um alle notwendigen Leistungen im eigenen Wirkungskreis zu erbringen. Dies gilt insbesondere

für den ländlichen Raum. Wir sehen es dringend geboten, die Leistungsfähigkeit der Kommunen durch höhere Mittelzuweisungen zu erhöhen. Neben ambulanten Pflegediensten vor Ort können oder könnten sich Vereine, Verbände und Nachbarn mehr um Ältere kümmern sowie niederschwellige Hilfe und Beratung anbieten. Dies gelingt allerdings nur, wenn Selbsthilfevereine und -verbände vor Ort für Organisation, Koordination und Vernetzung ehrenund hauptamtlicher Arbeit sorgen. Die entstehenden Kosten für Haupt- und Ehrenamtliche müssen erstattet werden. Senior-Trainer könnten hier hilfreich Unterstützung bei der Organisation nachbarschaftlicher Hilfe leisten. Die Finanzknappheit der Kommunen führt jedoch dazu, dass die finanzielle Förderung von Vereinen und Verbänden eher zurückgefahren als aufgestockt wird. Die Vernachlässigung einer altersgerechten kommunalen Infrastruktur erhöht die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit und zwingt dann die Betroffenen vorzeitig in stationäre Pflegeeinrichtungen mit hohen Pflegekosten.

Eine leistungsfähige "Kümmererstruktur" vor Ort braucht geeignete Räume sowohl für Begegnungsstätten für Ältere als auch für haupt- und ehrenamtliches Personal. Die Annahme, die den Förderrichtlinien des Landes zugrunde liegt, Vereine und Verbände verfügten über genügend Eigenmittel, Kosten für Räume und Organisation der Arbeit zu einem nennenswerten Teil selbst zu tragen, ist falsch. Woher sollten die Eigenmittel kommen? Nichtprofitable soziale Leistungen lassen sich nicht privatisieren. Die Kosten der Nutzung von Räumen für Zwecke des Wohls Älterer sind aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Die Organisation einer "Kümmererstruktur" vor Ort ist dann erfolgversprechend, wenn sie eingebunden ist in eine kommunale Entwicklungsstruktur, die wiederum abgestimmt ist mit Regionalstrategien, die ihrerseits mit Strategien der Landesebene abzustimmen sind.

Die Bereitschaft oder auch die Fähigkeit kommunaler Verwaltungen, den Herausforderungen einer älter werden Bevölkerung zu entsprechen, sind unterschiedlich ausgeprägt. Die Landesregierung ist gefordert, stärkeren Einfluss auf die Gestaltung leistungsfähigerer kommunaler Verwaltungsstrukturen zu nehmen. Die Kommunalaufsicht beschränkt sich derzeit vorwiegend auf die Kontrolle der Haushaltsgestaltung der Kreise und kreisfreien Städte. Eine Überprüfung, inwiefern Kommunen ihre Pflichten der Daseinsvorsorge in angemessener Weise wahrnehmen, erfolgt nicht.

#### Barrierefreien Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten bereitstellen

Die barrierefreie und, wo dies nicht möglich ist, "barrierearme" Umgestaltung von Wohnungen, Wohnungszugängen und des Wohnungsumfeldes im Gebäudebestand ist sehr kostspielig. Der Umbau ist notwendigerweise aus öffentlichen Mitteln zu fördern. Wohnungsbauförderung ist, anders als früher, Sache der Länder. Die Mittel, die früher der Bund mit eigenen Wohnungsbauförderprogrammen bereitgestellt hat, fließen nun den Bundesländern zu. Die Länder sind gehalten, diese Mittel für Wohnraumförderung zu verwenden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern verwendet von den jährlich ca. 25 Mio. € vom Bund zugewiesenen Mitteln nur ca. 11 Mio. € für die Wohnraumförderung. Es sind also grundsätzlich weitere Mittel für die Wohnraumförderung vorhanden, sie müssten nur zweckentsprechend und in voller Höhe verwendet werden. Im Jahr 2015 sind für diese Zwecke vom Land keine Mittel bereitgestellt worden.

Bisher fördert das Land lediglich den Bau von Aufzügen im mindestens fünfstöckigen Wohnungsbestand. Die bereit gestellten Mittel reichen nicht annähernd aus, um mittelfristig den Bedarf an 30 000 barrierefreien/barrierearmen Wohnungen zu decken. Mit einem zusätzlichen Wohnungsbauförderprogramm von 100 Mio. € jährlich könnten nicht nur barrierefreie Wohnungen gebaut werden, sondern dies würde auch einen Beitrag leisten, den handwerklichen Mittelstand in MV zu stärken.

Der Forderung des Bürgerbeauftragten des Landes, an der Hochschule Wismar einen Lehrstuhl für barrierefreies Bauen einzurichten, sollte entsprochen werden. Die Förderung des Umbaus zu barrierefreien, mindestens barrierearmen Wohnungen ist auch im privaten Wohnungsbestand (Eigenheim und Mietwohnung) zu gewährleisten. Die Förderung darf nicht von der Lage und den Eigentumsverhältnissen der Objekte abhängig gemacht werden. Eine Beschränkung der Förderung auf Ober-, Mittel- und Grundzentren führt dazu, dass gerade der besonders vom demografischen Wandel betroffene ländliche Raum, wegen des Mangels an entsprechendem Wohnraum, weiter entvölkert wird.

Eine ausreichende und dauerhafte Versorgung mit preisgünstigen Wohnungen für arme Menschen ist in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend ein Problem. Gesetzlich sollte geregelt werden, dass Menschen, die Grundsicherung im Alter erhalten, nicht in kostengünstigere Wohnungen umziehen müssen. Kosten der Unterkunft, die über die vom Bund festgelegten Sätze hinausgehen, sind in diesen Fällen vom Land zu tragen.

#### Unterstützende Wohnraumberatung

In Fällen, in denen ein geringer Umbau aus Mitteln der Pflegekassen ausreicht, das Wohnen Mobilitätseingeschränkter in der bisherigen Wohnung zu erleichtern, müssen dazu Anträge bei der Pflegekasse gestellt und eventuell Genehmigungen beim Wohnungseigentümer eingeholt werden. Viele ältere Menschen sind überfordert, dies allein zu bewältigen.

Die personelle Kapazität der bestehenden Pflegestützpunkte reicht nicht aus, um Aufgaben der Wohnraumberatung zu übernehmen. Es ist zusätzliches Personal erforderlich. Dies gilt insbesondere für den ländli-

chen Raum, wo Wohnraumberatung mobil vor Ort zu gewährleisten ist.

Unabhängige Beratung zur Wohnungsanpassung kann ein wichtiger Beitrag zum selbstständigen Wohnen älterer oder behinderter Menschen leisten. Wohnraumberatung informiert und berät unabhängig von Verkaufsinteressen darüber, wie durch bauliche Veränderungen oder/und den Einsatz von technischen Hilfsmitteln die Wohnsituation verbessert werden kann und welche Möglichkeiten der Förderung bestehen. Außerdem informiert sie über andere geeignete Wohnangebote und Wohnformen sowie über weitergehende Beratungs- und Dienstleistungsangebote vor Ort oder in der näheren Umgebung.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt z.Z. über keine flächendeckende Wohnraumberatung. Die derzeit von den Pflegestützpunkten oder Trägern der sozialen Einrichtungen wie DRK, Diakonie, Caritas oder privaten Pflegestationen im Rahmen ihrer Möglichkeiten geleistete Beratung erfüllt Anforderungen an eine unabhängige Wohnraumberatung nicht. Diese Einrichtungen erreichen erfahrungsgemäß nur den Personenkreis, der bereits Pflegebedürftig ist. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass Beratung auch genutzt wird, die Unterbringung in eigenen Einrichtungen zu empfehlen.

Ziel muss es sein, eine Beratungsstruktur (stationär und mobil) aufzubauen, die sich nicht nur an der Pflegebedürftigkeit orientiert, sondern bereits im Vorfeld Möglichkeiten aufzeigt, wie ein selbstständiges Wohnen bei einer Mobilitätseinschränkung ermöglicht werden kann.

Die Landesregierung muss dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und Mittel für ein landesweites Kompetenzzentrum Wohnungsanpassung und Beratung zur Verfügung stellen und natürlich auch die niederschwelligen Behinderten- und Seniorenberatungsstellen in den Selbsthilfeverbänden und Selbsthilfeorganisationen weiter unterstützen.

### **BESCHLUSS**

#### des 9. Altenparlaments zum Thema

#### "Sicherung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns"

Das Altenparlament fordert den Landtag, die Fraktionen des Landtags und die Landesregierung entsprechend der aktualisierten Fassung des Strategieberichts Mecklenburg-Vorpommern "Den demografischen Wandel gestalten." vom Mai 2014 auf, in den dörflichen Gemeinden gleichwertige Lebensqualität in der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns zu sichern.

Die Handlungsempfehlungen des Strategieberichts sind durch die Landesregierung gemeinsam mit den Betroffenen umzusetzen.

#### 1. Sicherung der Mobilität als Voraussetzung und Bindeglied für die Nutzung der sozialen Infrastruktur.

1.1 Der integrierte Landesverkehrsplan Mecklenburg-Vorpommern ist mit den Betroffenen zu diskutieren und fertigzustellen zur logistischen Vernetzung von Individualverkehr und ÖPNV. Es gilt, eine soziale ökologische und ökonomisch nachhaltige Landesverkehrsplanung zu sichern. Dabei ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) an die Verwaltungsstrukturen der Landkreise und die Erreichbarkeit der verschiedenen medizinischen, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Dienstleistungsangebote und Einkaufsmöglichkeiten anzupassen.

1.2 Die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten des ÖPNV auf Schiene (Land) und Straße (Landkreise) sowie Wasser sind darauf zu richten, dass effiziente Lösungen durch Koordinierung von Schnittstellen zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln (Bus, Bahn, Auto, Fahrrad, Fußgänger, Behindertenfahrzeuge, Wasserfahrzeuge) gefunden werden, die zu übergreifenden Mobilitätsketten führen und den Verkehr im ländlichen Raum sichern und verbessern.

Dazu sind einzuführen: Systemintegratoren zur Zusammenführung der Angebote und eine Mobilitätszentrale.

1.3 Bei der Erreichbarkeit der zentralen Orte untereinander ist auch auf durchgängige Linien über Kreisgrenzen hinweg von West nach Ost bzw. Süd nach Nord unseres Landes, einschließlich einer einheitlichen Preisgestaltung, landesweit zu orientieren. Die Expertise der Enquetekommission zeigt, dass noch zu oft an den Kreisgrenzen der ÖPNV endet. Hier muss das Land eine Steuerungsfunktion übernehmen. Zur Kooperation von verschiedenen Verkehrsbeförderungen ist aber zu bedenken, dass die Menschen, vor allem auch ältere Menschen, nicht zu oft umsteigen wollen und können. Längere durchgehende Strecken sind deshalb anzustreben. Die Attraktivität des ÖPNV wird auch mit Verkehrsverbünden erhöht.

1.4 Durch den Zugang zu Nahverkehrsmitteln der verschiedensten Art ist der Verkehr fließender zu gestalten und auf die Fragen der Bürger schneller zu reagieren. Dabei ist der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zur Gestaltung der Inklusion und der gesetzlichen Zielstellung, bis 2022 den ÖPNV barrierefrei zu gestalten, Rechnung zu tragen. Voraussetzung ist, das gesamte Umfeld des ÖPNV barrierefrei zu gestalten. Dazu gehören insbesondere Busse, Haltestellen und die Erreichbarkeit der Haltestellen.

**1.5** Die Verkehrsplanung ist so zu gestalten, dass Quartierräume und soziale Räume entsprechend der Bedürfnisse berücksichtigt sind. Dabei sind besonders auch die Akteure und Nutzer vor Ort einzubeziehen. Herzustellen sind Vernetzungen wie z.B. Bürger- und Ruf-Busse mit dem ÖPNV zur

Sicherung eines flexiblen Linien- und Individualverkehrs. Entsprechende Angebote sind durch die Landesregierung zielgerichtet finanziell zu fördern.

1.6 Es ist die Schließung von Lücken im lokalen/regionalen öffentlichen Nahverkehr und die Bereitstellung flexibler, bedarfsgerechter Alternativen zu realisieren, die es ermöglichen, das gewünschte Reiseziel zu erreichen. Die Einrichtungen des Verkehrssystems müssen auch von älteren und Menschen mit Behinderungen ohne besondere Schwierigkeiten oder ohne Hilfe von Dritten nutzbar sein. Die Initiative "Bürgerbus - Demminer Land" ist hier ein Beispiel. Mit den Krankenkassen muss geklärt werden, ob und zu welchen Konditionen die Einbindung von Fahrdiensten zur weiteren Sicherung der Mobilität möglich ist. Bei Sonderverkehren und Sonderfahrdiensten ist jedoch darauf zu achten, dass die Kosten sich am Preis des ÖPNV orientieren.

#### 2. Kompetenzen im Gesundheitswesen untersuchen und Vorschläge für eine bedarfsgerechte Entwicklung erarbeiten.

2.1 Die freiwilligen Aufgaben der Kommunen, wie zum Beispiel Vorbeugung und Gesundheitsförderung, kulturelle und soziale Aufgaben, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements usw., stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Zur Finanzierung der Aufgaben sind den Kommunen durch die Landesregierung zweckgebundene Mittel bereitzustellen.

2.2 Um auch künftig die medizinische Grundversorgung auf dem Land sicherzustellen, müssen umfangreiche Anreize geschaffen werden, so dass bestehende Hausarztpraxen weiterhin besetzt werden. Zur Verbesserung der Versorgung sind lang-

jährig etablierte Infrastrukturen, wie ambulante Pflegedienste mit ihren gut ausgebildeten Pflegefachkräften, einzubinden, um die gesundheitliche und soziale Versorgung gerade auch in dünn besiedelten Regionen zu gewährleisten. Zur Sicherung sind durch den Gesetzgeber entsprechende Voraussetzungen zu schaffen und Maßnahmen einzuleiten. Der Grundsatz "ambulant vor stationär" ist weiter auszubauen. Wir fordern, im Rahmen der Gesundheitsplanung ein Netz wohnortnaher Gesundheitszentren aufzubauen, die entweder selbst eine geriatrische Praxis unterhalten oder mit einer kooperieren.

Ziel muss es sein, die geriatrische Versorgung der Bevölkerung auf der Grundlage der Umsetzung der Aufgaben des Leitantrages 8/4 des Altenparlaments 2013 im ländlichen Raum zu verbessern. Damit wird der ständigen Alterung in den Dörfern Rechnung getragen und der überfälligen Umsetzung des Geriatrieplans der Landesregierung von 2011 entsprochen.

2.3 Prävention ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Deswegen sind die in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen – z. B. in der Region Stettiner Haff mit dem Netzwerk "Multiple Häuser", wo ein gemeinschaftlicher Stützpunkt mit Arzt, Schwester oder auch Pflege und auch mit Friseur, Geldinstitut und Lebensmittelkauf genutzt werden kann – auszuwerten und zu verallgemeinern. Der angedachte "Campus der Generationen" in Schwaan ist ebenfalls eine Initiative zum gemeinsamen Zusammenwirken von Jung und Alt und ist zu fördern.

2.4 Prävention ist auch eine individuelle, eigenverantwortliche Aufgabe des Menschen für die eigene Gesundheit. Besonders das Bildungs- und das Sozialministerium müssen durch geeignete Maßnahmen Einfluss darauf nehmen, dass vorbeugende Inhalte schon im Kindergarten in schulische und familiäre Bildungsprozesse integriert und früh gelernt werden. Beispie-

le wie ein öffentlicher Fitnessplatz, wo Jugend und Senioren ihre Übungen machen können, sind für die Gesundheit und generationsübergreifende Maßnahmen gut geeignet.

2.5 Die Haus- und Fachärzte tragen wesentlich zur Sicherung der medizinischen Versorgung in den ländlichen Räumen bei. Deswegen müssen die Ärzte und Praxisassistenten, die zusätzlich eine ärztliche Behandlung an bestimmten Tagen in der Woche an einem Ort durchführen, die dafür nötigen Voraussetzungen haben. Arztpraxen sind grundsätzlich barrierefrei zu gestalten.

**2.6** Häusliche Pflege sichern und fördern Die Beratung für Betroffene und Angehörige erfolgt in Pflegestützpunkten. Das Netz der Pflegestützpunkte ist entsprechend den Bedürfnissen weiter auszubauen.

### 3. Zusammenleben fördern – Vereinsamung entgegenwirken

3.1 Die Identifikation der Menschen mit Mecklenburg-Vorpommern ist ein starker Stabilitätsfaktor in unserem Land. Es ist das Augenmerk darauf zu richten, ein Gemeinschaftsgefühl bei allen Bürgern weiter zu entwickeln. Der Weg in eine inklusive Gesellschaft ist konsequent weiterzuführen und in den verschiedensten Bereichen zu berücksichtigen, damit alle Menschen, auch die Senioren, Menschen mit Behinderungen und Personen mit Migrationshintergrund die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft spüren und sich für Toleranz und Verständigung einsetzen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Initiative im Mehrgenerationenhaus (MGH) Gemeindezentrum Dummerstorf "Demenzerkrankten Menschen helfen – ein dankbares Ehrenamt".

**3.2** Soziale Räume in den Kommunen sind zu einer zusammenwirkenden Gemeinschaft zu entwickeln. Dazu gehören die Angebote der Menschen vor Ort, auch die der Senioren. Die Initiative Haushaltsassistenz im Rahmen der Qualitätsoffensive "Menschen

pflegen" aus Rheinland-Pfalz ist aufzugreifen und zu fördern, weil hier ein bezahlbares Unterstützungsangebot für Ältere geschaffen wird.

3.3 In Mecklenburg-Vorpommern sind die finanziellen Mittel vorwiegend auf investive Maßnahmen der Entwicklung gerichtet. Künftig werden sich nur jene sozialen Räume auf dem Lande stabilisieren, in denen eine starke Bürgerschaft für attraktive Lebensbedingungen sorgt und die Bürgerlnnen und Bürger aktiv mit einbezogen werden. Von daher ist bürgerschaftliches Engagement, z.B. der Aufbau von "Nachbarschaftshilfen", zu fördern und zu würdigen.

3.4 Die Aussage: "Wo kein Gemeinschaftsgefühl (auch im ländlichen Raum) entsteht, wird der demografische Niedergang nicht aufzuhalten sein" (Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin 2011) ist ernst zu nehmen und mit Maßnahmen zu unterstützen, welche sich für die Sicherung von Transparenz, Koordination, projektbezogenem Arbeiten und Stärkung der Beteiligung in den sozialen Regionen einsetzen. Dazu gehören auch der Zugang zur Kommunikation mit dem Ausbau des Internets, die Bereiche Kunst und Kultur sowie der Tourismus.

Der Vernachlässigung des ländlichen Raumes durch Landesregierung und Landtag muss Einhalt geboten werden.

3.5 Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement kann und darf nicht die Aufgaben der Verwaltungen übernehmen, sondern hilft, das Leben der Menschen lebenswerter, aktiver und teilnehmender über alle Generationen hinweg, auch für Senioren, zu gestalten. Deswegen ist Ehrenamt durch entsprechende Maßnahmen (z.B. eine Struktur für Ehrenamt und Beteiligung der Bürger) zu unterstützen und zu fördern. Das Angebot der Ehrenamtsstiftung ist zu nutzen und auszubauen.

#### **Begründung:**

Auch Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in der Situation, dass die öffentlichen und kommerziellen Strukturen wegen des demografischen Wandels und der Abwanderung der jüngeren Generation zu besser bezahlter Arbeit weiter ausdünnen. Demgegenüber wächst die Zahl der 65+-Jährigen in sozialen Räumen mit ungünstiger infrastruktureller Ausstattung.

Wohnen im Alter ist nicht nur Barrierefreiheit im Wohnen. Es erfordert auch die Umgestaltung des Wohnumfeldes wie den Verkehr, soziale und pflegerische Unterstützung, die Erreichbarkeit von Versorgungs-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen, soziale Kontakte, Begegnungs-, Bildungs- und Beratungsmöglichkeiten.

Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern leben in ländlichen Gemeinden (bis unter 2.000 Ew) 27% sowie in Kleingemeinden (über 2.000 bis unter 5.000 Ew) 14,7% Einwohner in einem Wohnumfeld, das nicht auf die notwendigen Bedarfe, besonders der Senioren, eingerichtet ist. Die Überwindung der großflächigen Räume wird durch die Ausdünnung des ÖPNV, wie z. B. durch die Stilllegung der Südbahn Malchow – Parchim – Waren und vieler anderer Linien bei der Bahn und auch den Buslinien, für die Bevölkerung im ländlichen Raum immer komplizierter und für die Behinderten und auch die Senioren besonders problematisch.

Schon heute können 10% der Senioren über 65 Jahre fußläufig oder mit Fahrrad keinen ÖPNV erreichen. Zur Versorgung des Haushaltes haben 21% keine Einkaufsmöglichkeit und sogar 27% können keine Bank oder Post zur Erledigung auch ihrer finanziellen Notwendigkeiten aufsuchen. In den Gemeinden bis zu 2.000 Ew sind es sogar rund 59%.

In einem extrem ungünstigen Wohnumfeld leben 2% der BürgerInnen, das sind ca. 32.845 Menschen. Sie haben keines der für eine selbstständige Lebensführung im Alter wichtigen infrastrukturellen Angebote vor Ort. Bei rund jedem zehnten Seniorenhaushalt sind die hauswirtschaftliche Versorgung (6%), die sozialen Kontaktmöglichkeiten (7%) und die gesundheitliche Versorgung erheblich gefährdet. Die dargelegte Entwicklung zeigt, dass es nicht mehr nur um altersgees um eine Gesamtaufgabe, "die auch eine entsprechende Anpassung des Wohnumfeldes an die besonderen Bedarfe von älteren Menschen erfordert". (Vergl. "Wohnen im Alter - Herausforderungen und zukunftsträchtige Konzepte" von Ursula Kremer-Preiß). Die im Leitantrag genannten Forderungen sind nur interdisziplinär zu lösen. Sie stellen für nicht wenige Kommunen eine Herausforderung dar. Aber altersgerechtes Wohnen, Quartierentwicklung, Förderung von Nachbarschaft und Selbsthilfe, ambulante und stationäre Hilfen sowie fußläufig erreichbare Nahversorgung sind ohne Zusammenwirken der Bereiche Bau, Wirtschaftsförderung, Verkehrsplanung, Gesundheit und Soziales nicht zu realisieren. Gelingen kann dies nur, wenn die Steuerung dieser Zusammenarbeit in der Verwaltungshierarchie möglichst hoch angesiedelt wird.

Die angeführten Maßnahmen sind nicht ohne die Sensibilisierung der MitarbeiterInnen in Verwaltung und Behörden und der entsprechenden finanziellen Ausstattung der Kommunen möglich. Sie erfordern die Unterstützung und Bereitstellung von Mitteln durch den Landeshaushalt.







rechtes Wohnen geht. Vielmehr geht







### **RESOLUTION zur Altersarmut**

des 9. Altenparlaments "Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern"

Das 9. Altenparlament möge beschließen:

Wir, die 71 Delegierten des 9. Altenparlaments 2016 in Mecklenburg-Vorpommern, haben auf unserer heutigen Tagung auch über wachsende Altersarmut und Rentenungerechtigkeit beraten.

Arbeitslose, Alleinerziehende und Rentner merken nichts von den milliardenschweren Überschüssen in Deutschland. Aus dem aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes geht hervor, dass insgesamt 12,5 Millionen Menschen immer noch als arm gelten. Die Armutsschwelle liegt gegenwärtig bei Singles bei 917 Euro und bei Paaren mit zwei Kindern bei 1.926 Euro. Immer mehr Rentner unseres Landes sind auch davon betroffen. Dies wird besonders deutlich im Forschungsbericht "Aspekte der Armut in M-V" des Landesverbandes der AWO-M-V. Bezogen auf das Jahr 2012:

- waren 6.517 von insgesamt 21.009
   Grundsicherungsempfängern über 65 Jahre.
- 9,8% der Altersrenten der Männer und 52,9% der Frauen lagen mit ihrem Zahlbetrag unter 706 Euro.
- Der durchschnittliche Zahlbetrag für Bestandsrentner lag bei 1.038 Euro, bei Zugangsrenten nur noch bei 894 Euro.
- Der Anteil unter Grundsicherungsniveau lag bei 25,9% bei durchschnittlich 44,1 Versicherungsjahren und bei einem durchschnittlichen Zugangsalter von 63,6%.
- Im Jahr 2005 erhielten alle Rentenzugänge durchschnittlich 10% niedrigere Renten als die Bestandsrentner. Dieser Abstand baute sich bezogen auf alle Rentenarten auf über 13% auf.

Wir fordern die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag auf:

- sich gemäß Koalitionsvertrag von CDU/ CSU und SPD für eine schnellstmögliche, stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost/West einzusetzen.
- Die systematische Absenkung des Rentenniveaus von gegenwärtig 48,1 % auf 43 % bis 2030 ist zu stoppen und die Rentenanpassungsformel entsprechend zu modifizieren,
- eine Rückabwicklung der Riester-Rente und Überführung der Riester-Förderung in die gesetzliche Rentenversicherung zu veranlassen,
- sich für eine armutsfeste Grundsicherung und existenzsichernde Mindestrente einzusetzen,
- die Regelung zum Schonvermögen bei Grundsicherung der von Beziehern von Hartz IV anzupassen einschließlich des Besitzes eines angemessenen Autos, für viele im ländlichen Raum lebensnotwendig und Voraussetzung für Teilhabe,
- die Kosten der Energiewende im Verhältnis zum Einkommen nicht von den Ärmsten tragen zu lassen und für geringe Einkommen durch Zuschüsse stabil zu halten,
- bezahlbare Mieten mit stabilen Mietnebenkosten zu sichern.

Wir fordern die Landesregierung und die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen auf:

- durch Bundesratsinitiativen obige Forderungen auf Bundesebene durchsetzen zu helfen,
- Einfluss auf die Zahlung existenzsichernder Löhne im Land zu nehmen, damit jeder sich eine armutsfeste Rente erarbeiten kann,
- durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit über 50-Jähriger zu beseitigen,
- eine weitere Erhöhung der Mietnebenkosten durch die Finanz- und Steuerpolitik des Landes zu verhindern,

 bezahlbare Mieten durch sozialen Wohnungsbau auch für Ältere mit geringem Einkommen zu sichern. Dabei muss durch geeignete Vorgaben eine Gettoisierung unbedingt verhindert werden. Die gegenwärtig vordergründige Aufgabe ist die Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Die große Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern sieht darin eine bewusste Missachtung ihrer Lebensleistung, ist damit unzufrieden und fühlt sich ungerecht behandelt.

Eine Lösung ist zwingend notwendig, weil die gesetzliche Rente für ca. 90% aller Rentner unseres Landes It. Forschungsbericht der AWO die einzige Einkommensquelle ist. Wir erwarten eine Rentenangleichung, die auch die Probleme der rentennahen Jahrgänge und die der jüngeren Generation berücksichtigt. Deshalb darf bei einer Angleichung die Höherbewertung der Ost-Arbeitsentgelte auf den Bundesdurchschnitt nicht angetastet werden. Aufgrund der noch bestehenden Lohnunterschiede zwischen Ost und West, der höheren und längeren Arbeitslosigkeit, fehlender Betriebsrenten und der hohen Quote von Hartz IV-Empfängern wird sich künftig die Tendenz, dass immer mehr Menschen im Alter über sehr geringe Einkünfte verfügen werden, weiter verstärken. Wir fordern deshalb eine grundlegende Änderung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Hier müssen echte Fortschritte im Interesse der Menschen erzielt werden. Dazu ist jede Bundesregierung, aber auch Landesregierung gefordert, aktiv zu werden, wenn eine künftige Welle von Altersarmut abgewehrt werden soll. Wir sind nicht bereit hinzunehmen, dass die Grundsicherung im Alter auf dem Schleichweg zum Regelsystem für die Alterssicherung wird und die gesetzliche Rente somit ersetzt.

### Information, Beratung und Hobbyausstellung

Die 3. Landesseniorentage M-V finden im Oktober im Landkreis Ludwigslust-Parchim statt

"Älter werden und sich jünger fühlen, das ist die Kunst des Lebens" (Helmut Recknagel). So lautet das Motto der Seniorentage, die vom 12. bis 14. Oktober im Landkreis Ludwigslust-Parchim stattfinden werden. Maßgeblich an der Vorbereitung beteiligt sind neben vielen einzelnen Seniorinnen und Senioren die Kreis- sowie die kommunalen Seniorenbeirate. Den Auftakt gibt eine Festveranstaltung in der Stadthalle der Kreisstadt Parchim mit zahlreichen interessanten Vorträgen. Verschiedene Stände mit lokalen Partnern bieten zu vielen altersrelevanten Themen einen Überblick, machen Angebote und stellen Anwendungs- bzw. Nutzungsmöglichkeiten vor. Es geht um die Bereiche Gesundheit, Medizinische Versorgung, Ernährung, Sport sowie ehrenamtliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern wie auch speziell für den Landkreis Ludwigslust-Parchim.

Die Seniorentage beschäftigen sich außerdem mit dem Thema Seniorensicherheit: Wie kann man Betrüger erkennen und sich vor ihnen schützen? Erläuterungen dazu geben Seniorensicher-

heitsberater, außerdem klären sie über Gefahrensituationen auf, verbunden mit entsprechenden Hinweisen zum richtigen.

Besonders hervorgehoben sei die Hobbyausstellung, die die Festveranstaltung abrundet, aktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung aufzeigt und zum Nachahmen sowie Mitmachen einlädt. Den kulturellen Rahmen schafft das Landespolizeiorchester. Für den 13. und 14. Oktober sind Veranstaltungen und Hö-

> hepunkte in Parchim, Neustadt-Glewe, Sternberg, Ludwigslust, Dömitz, Lübz, Grabow, Mestlin, Plau am

> > genow, Eldena, Dobbertin, Pinnow und Wittenburg geplant. Förderer und Kooperationspartner der 3. Landesseniorentage

See, Boizenburg, Ha-

ist das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales.

LANDKREIS

LUDWIGSLUST-PARCHIM

Raum für Zukunft

Anett Nuklies Koordinatorin des Kreisseniorenbeirats

### Informativ und emotional

Regionalkonferenz des Landesseniorenbeirats im Mehrgenerationenhaus Torgelow

Die vom Landesseniorenbeirat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales einberufene Regionalkonferenz am 2. März im Mehrgenerationenhaus (MGH) der Volkssolidarität Uecker-Randow in Torgelow war für die 34 anwesenden Vertreter der Kreis- und kommunalen Seniorenbeiräte ein voller Erfolg. Die behandelte Thematik, Ergebnisse des Generationendialogs 2015 in unserem Bundesland und die Weiterführung von Generationstreffen in den Kommunen, kam bei den Anwesenden sehr gut an.

Sehr informativ und zugleich emotional waren die Darlegungen von Yvonne Griep, der Landeskoordinatorin des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern. Die gezeigte Dokumentation und die Erläuterungen dazu wurden gut verstanden und wahrgenommen. Nützlich waren dazu auch die Ergänzungen des LSB-Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich und von Vorstandsmitglied Brigitte Sei-



Die Ausrichter der Regionalkonferenz: (v. l.) Bernd Rosenheinrich, Brigitte Seifert, Yvonne Griep und Elvira Henke

fert; sie ist zugleich Koordinatorin des Mehrgenerationenhauses. Es kam zu einer lebendigen Aussprache über generationsübergreifende Arbeit in den Städten und Großgemeinden unseres Landes. Anhand der praktischen Darlegung der Seniorenbeiratsverantwortlichen wurden

Anhand der praktischen Darlegung der Seniorenbeiratsverantwortlichen wurden viele Erfahrungen vermittelt, die sich gegebenenfalls überall realisieren lassen, wie es auch die Mitarbeiterin Elvira Henke vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales in ihrem Redebeitrag darlegte.

Die Regionalkonferenz sollte im Ständigen Ausschuss für Jugend, Kultur, Schule, Sport und Soziales nicht nur der Stadtvertretung Malchow, für die ich teilnahm, ausgewertet werden. Unterbreitet werden sollten den Stadtvertretern und berufenen Mitgliedern, nicht nur in der Inselstadt, auch Vorschläge für eine generationenübergreifende Arbeit.

Die Bedingungen für die Regionalkonferenz waren sehr gut. Mit viel Engagement haben sich Brigitte Seifert und das Team des MGH eingebracht, um eine gute Atmosphäre zu gewährleisten. In der Mittagspause konnten der Beratungsbus GeroMobil und die Räumlichkeiten des MGH besichtigt werden. In den Pausengesprächen wurde deutlich, dass solche Regionalkonferenzen gut und notwendig sind, um auf kurzen Weg voneinander zu lernen, um noch besser handeln zu können.

Erich Rottenau, Vorsitzender des Seniorenbeirats Malchow und des BRH-Ortsverbands

### Barrierefreiheit in Banken und Geldinstituten

LSB unterstützt eine Forderung von Raymund Haller aus Karlsruhe

Der Landesseniorenbeirat M-V unterstützt - neben dem Blinden- und Sehbehindertenverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. sowie den Seniorenräten mehrerer Bundesländer, der Schweiz und Österreichs – ein Anliegen von Raymund Haller aus Karlsruhe, blinden und sehbehinderten Menschen Erleichterungen bei der Erledigung ihrer Bankgeschäfte zu verschaffen. Mit seiner Forderung nach Barrierefreiheit in Banken hat er sich an Personen und Institutionen nicht nur bundesweit, sondern auch in den Nachbarländern Deutschlands gewandt und ist auf eine vielfältige Resonanz gestoßen. Haller beschäftigt sich mit den Gerätschaften, die den Kunden in den Geldinstituten zur Verfügung stehen, etwa Kontoauszugsdrucker oder Selbstbedienungs-Terminals. Viele von ihnen drucken nicht nur Kontostandsveränderungen aus, sondern auch überflüssige papierhafte Saldenmitteilungen, die keine Kontoveränderung zum Inhalt haben, sondern im Gegenteil "schädlich für die Umwelt und überflüssig für die Kundschaft" seien.

Haller fordert, den Karteneinschub an allen Automaten an der derselben Stelle zu installieren und sie dabei deutlich zu kennzeichnen und erfühlbar zu machen. Dies sollte auch für Tasten mit Sonderfunktionen gelten. Vorteilhaft wäre

ebenfalls eine Sprachausgabe, die alle Erläuterungen enthält und sich beim Einstecken des Kopfhörers einschaltet. Außerdem sollte eine Bildschirmanzeige durch Größe und Farbe auch von Sehbehinderten erkennbar sein.

Zu den Unterstützern der Initiative gehören u. a. Bundes- und Landtagsabgeordnete, Stadtdirektoren, Koordinatoren für Behinderte, die polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder, der Weiße Ring, die Bundesbehindertenhilfe sowie die Berufsverbände der Augenärzte und Augenoptiker. Weitere Infos: Raymund Haller, Pfaffstr. 18, 76227 Karlsruhe, Tel. (0721) 49 81 06.

#### Wortmeldung:

### Das Rentenplus stoppt die Altersarmut nicht

In den letzten Wochen gab es viel Wirbel um die Rente: Es komme zum 1. Juli 2016 die größte Rentenanpassung seit sei 25 Jahren. Die Renten steigen im Westen um 4,25 Prozent, im Osten sogar um 5,95 Prozent. Andererseits zeigen aktuelle Zahlen über Grundsicherungsempfänger, dass immer mehr Menschen in Altersarmut geraten. Und in den Regierungsparteien wird schon über die Rente als Top-Thema im bevorstehenden Wahlkampf nachgedacht. Das Rentenplus ist selbstverständlich sehr erfreulich und für die 20,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner mehr als verdient. Über den unübersehbaren Trend

zur Altersarmut kann jedoch die Erhöhung nicht hinwegtäuschen.

Durch das stete Absenken des Rentenniveaus auf aktuell unter 48 Prozent werden Neurentner schon seit Jahren mit immer kleineren Einkommen in den Ruhestand geschickt. Das durch Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung erkaufte "Job-Wunder" wird sich für spätere Rentnergenerationen in Deutschland als ein "Ticket in die Altersarmut" erweisen. Es reicht nicht einmal der Mindestlohn von 8,50 Euro bei einer 45-jährigen Vollzeittätigkeit für eine Rente oberhalb der Grundsicherung. Das Einfrieren des Rentenniveaus

auf den heutigen Stand und der Kampf gegen den Niedriglohn wären schon eine Lösung.

Grundsicherungsbezieher bleiben eindeutig die Verlierer, denn sie bekommen von der Rentenerhöhung nichts ab. Wolfgang Schäuble hat sogar den Vorschlag gemacht, die Rente erst ab 70 auszuzahlen. Dem erteilt der Seniorenbeirat Schwerin eine klare Absage. Das geht an der Realität älterer Beschäftigter komplett vorbei. Die meisten Menschen haben schon Mühe, ihren Job bis 65 oder gar 67 Jahre auszuüben.

Siegfried Schwinn

#### Aus der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats

Arbeitsberatungen im dritten Quartal 2016: 5. Juli und 6. September

Regionalkonferenzen: 14. September (Mecklenburg), 21. September (Vorpommern)

Kooperationstreffen: 5. September

#### **INFORMATIONEN DER BAGSO:**

### Franz Müntefering: Im Verbund mit allen Anderen

"Wir Älteren und Alten haben Chancen, die wir nutzen müssen, aber es gibt auch Risiken, die wir meiden sollten." Das sagte der neue Vorsitzende der BAGSO, Franz Müntefering, in einem Interview mit den BAGSO-Nachrichten (Nr. 1/2016). Es sei deshalb nötig, "dass wir unsere Interessen wahrnehmen und das am besten im Verbund mit allen anderen Generationen".

Diese drei "L" seien gut: Laufen, Lernen, Lachen. "Wenn wir uns daran orientieren, dann profitieren wir selbst davon, aber auch die Menschen um uns herum." Die Kommunen müssten imstande sein, in ihrer Stadt und in ihrem Stadtteil Dinge zu organisieren, die für ältere Menschen wichtig seien. "Es ist ganz klar, dass die Städte und Gemeinden zuständig sind für Kitas und für Schulen. In Bezug auf ältere Menschen wird dies jedoch nicht in gleicher Weise bedacht."

Derzeit leben vier Millionen über Achtzigjährige in Deutschland, bis 2055 werden es zehn Millionen sei. Franz Müntefering: "Davor müssen wir aber keine Angst haben, denn den meisten wird es ganz gut gehen." Dem Newsletter "Erfahrung ist Zukunft", herausgegeben vom Presseund Informationszentrum der Bundesregierung, sagte der 76-jährige ehemalige Bundesminister: "Sinn-

voll ist aus meiner Sicht, nach dem Renteneintritt den Tank nicht leerzufahren, sondern eine Idee vom Leben zu haben." Die Gruppe älterer und alter Menschen werde immer größer. "Das

gab es so noch nie. Im Jahr 1960 kamen durchschnittlich sechs Bundesbürger im Erwerbsalter auf eine Person im Rentenalter. Heute beträgt das Verhältnis drei zu eins."

Pflegeberufe und Altenpflege hätten ein zu geringes Ansehen in Deutschland und die Altenpflegerinnen und -pfleger zu wenig Zeit für Heimbewohner oder für den Besuch zu Hause. "Wichtig ist, dass wir die Kombination aus Haupt- und Ehrenamt stärken. Und im Augenblick appelliere ich sehr an Bund und Länder: Sorgt dafür, dass die Kommunen finanziell in der Lage sind, sich der demografischen Entwicklung zu stellen. Stadtteile, Städte und Dörfer müssen Sozialräume sein, in denen Menschen aller Altersgruppen gut miteinander leben können."

Franz Müntefering hat für drei Jahre den BAGSO-Vorsitz übernommen. Zuvor war er von 1975 bis 2013 Bundestagsabgeordneter – mit Unterbrechung in verschiedenen Ämtern in Nordrhein-Westfalen. Im Kabinett von Bundeskanzler Gerhard Schröder leitete er das Bundesministerium für Verkehr, Bau



und Wohnungswesen. Unter Kanzlerin Angela Merkel war er von 2005 bis 2007 Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Zum Tag der älteren Generation, der jeweils am

ersten Mittwoch im April begangen wird, würdigte Franz Müntefering das Engagement vieler Seniorinnen und Senioren, die sich um das Wohlergehen ihrer Mitmenschen - ob Kinder, Jugendliche oder Gleichaltrige kümmern: "In diesem Jahr möchte die BAGSO insbesondere den zahlreichen älteren und alten Menschen danken, die mithelfen, Flüchtlingen in Deutschland eine gute Aufnahme zu sichern", sagte er. "Die meisten, die gekommen sind und kommen, sind Menschen mittleren Alters, Jugendliche und Kinder. Aber auch alte Menschen sind unter den Flüchtlingen, die aus ihren Traditionen gerissen wurden und den verbleibenden Teil ihres Lebens nun hier in Sicherheit und Geborgenheit erleben sollen. Wir rufen dazu auf, dass ihnen dies ermöglicht wird."

Die BAGSO hat zahlreiche Projekte, in denen sich Seniorinnen und Senioren für Flüchtlinge einsetzen, in einer Broschüre dokumentiert, die kostenlos, auch in einer größeren Stückzahl, in der BAGSO-Geschäftsstelle angefordert werden kann.

### Konvent zum demografischen Wandel

Am 7. Dezember 2015 wurde in Brüssel feierlich ein "Konvent zum demografischen Wandel" verkündet. Er ist eine Vereinigung europäischer öffentlicher Akteure auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zur Entwicklung und Umsetzung eines

Aktionsplans für alternsfreundliche Umgebungen. Die Idee dazu entstand im Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012. Rechtlich handelt es sich um einen internationalen Verband (Nicht-Regierungsorganisation)

nach belgischem Recht. Zurzeit gehören dem Konvent 122 Organisationen einschließlich 45 politische Entscheidungsträger unterschiedlicher Ebenen an. Als erster Präsident wurde Furio Honsell, Bürgermeister der italienischen Stadt Udine, gewählt.

#### **INFORMATIONEN DER BAGSO:**

### Altersdiskriminierung auch bei Jüngeren

Knapp jede dritte Person habe bereits Diskriminierung erlebt. Das ist das Ergebnis einer Studie der Antidiskriminierungsstelle. Vergleichsweise häufig werde die Benachteiligung aufgrund des Alters (14,8)

Prozent) erlebt, sowohl von jüngeren als auch von älteren Menschen. Dabei trete Diskriminierung besonders im Erwerbsleben auf. Diskriminierungsformen seien die Ausgrenzung am Arbeitsplatz und eine Bewertung der ei-

genen Leistung. Personen, die als zu alt wahrgenommen werden, würden zusätzlich Zugänge verschlossen, das heißt, sie werden nicht eingestellt und könnten deshalb innerhalb der Hierarchie nicht mehr aufsteigen.

### Neuer Vorstand bei der Deutschen Altershilfe

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe e.V. (KDA) hat einen neuen Vorstand. Neue Mitglieder des dreiköpfigen Leitungsgremiums sind der Kölner Professor für Sozialpolitik Frank Schulz-Nieswandt und Ulrich Christofczik vom Evangelischen Christophoruswerk in Duisburg. Wiedergewählt wurde Almut Satrapa-Schill, die bereits seit 2013 Vorstandsmitglied ist.

### Mittagstisch-Startwoche vom 10. bis zum 15. Oktober

Eine schmackhafte Mahlzeit mit ausgewogenen Nährstoffen in der Gemeinschaft zu sich zu nehmen, das sollte vielen älteren Menschen möglich sein.

Die BAGSO initiiert daher bundesweit die IN FORM Mittagstisch-Startwoche vom 10. bis zum 15. Oktober. Interessenten und Akteure in der Seniorenarbeit sind eingeladen, ein neues Mittagstischangebot in ihrer Gemeinde, in der Stadt oder im Quartier zu erproben und gegebenenfalls dauerhaft zu etablieren, damit ältere

Menschen eine köstliche Mahlzeit in Gemeinschaft genießen können. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unterstützt 200 neue Mittagstische finanziell.

### Digital-Kompass für das Internet gestartet

Immer mehr ältere Menschen unterstützen andere Seniorinnen und Senioren bei ihrem Weg ins und im Internet. Doch oft fehlen passendes Schulungsmaterial und der Austausch zwischen den Multiplikatoren. Der Digital-Kompass schafft hier

Abhilfe. Im Bereich "Material-Kompass" finden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Broschüren und Materialen für ihre Schulungen und Beratungen sowie aktuelle Tipps rund um die Themen Internet, PC, Smartphone, Tablet und Co. Im Bereich "Di-

gitale Stammtische" können sich Multiplikatoren aus der Seniorenarbeit an digitalen Stammtischen mit Expertinnen und Experten und Gleichgesinnten austauschen und ihr Wissen vertiefen.

### Symposium "Zukunftsfähige Gemeinschaften"

Die Siebte Altenberichtskommission hat ihre Arbeit abgeschlossen und den Bericht "Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften" an das Bundesseniorenministerium übergeben. Gemeinschaft,

Sorge und Mitverantwortung sind Begriffe, die auch zur Identität christlicher Gemeinden gehören. Welche Impulse gibt der Altenbericht für die Gestaltung kirchlicher Arbeit? Was bedeutet sorgende Gemeinschaft aus theologischer Perspektive? Wie und was kön-

nen Kirchengemeinden und kirchliche und diakonische Einrichtungen zum Aufbau sorgender Gemeinschaften beitragen? Diesen Fragen geht eine Veranstaltung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit am 21. Juni in Hannover nach.

### Seit fünf Jahren gibt es umfassende Hilfe

Sozialministerin Birgit Hesse: Pflegestützpunkte sind ein Erfolg im ganzen Land

Im März 2011 hatte in Pasewalk der erste Pflegestützpunkt Mecklenburg-Vorpommerns eröffnet. Fünf Jahre später (Stand: April 2016) bieten alle Landkreise und kreisfreien Städte in M-V in ihren jeweiligen Pflegestützpunkten umfassende Hilfe und Beratung für pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige an. Für Sozialministerin Birgit Hesse sind diese Stützpunkte eine Erfolgsgeschichte. "Pflege rückt immer mehr in den Mittelpunkt unserer älter werdenden Gesellschaft. Die Pflegestützpunkte helfen den Menschen, die vielschichtigen Aufgaben beim Pflegefall eines Angehörigen zu bewältigen", sagte sie bei einer Festveranstaltung anlässlich des Jubiläums in Greifswald. "Die Pflegestützpunkte sind die zentrale Anlaufstelle für eine unabhängige Beratung rund um das Thema Pflege Das Besondere der Stützpunkte in unserem Land ist, dass sie Sozialberatung und Pflegeberatung unter einem Dach vereinen." Die Ministerin würdigte dabei auch die Arbeit der 52 Beraterinnen und Berater in den Stützpunkten.

Landesweit bieten 14 Pflegestützpunkte Betroffenen unabhängige und kostenlose Beratung bei allen Fragen rund um die Pflege. In vielen Fällen wird diese Hilfe auch mobil angeboten, das heißt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen zu den Menschen. Das ist gerade für Ältere, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, eine große Hilfe. Träger der Pflegestützpunkte sind zu gleichen Teilen die Kranken- und Pflegekassen im Land gemeinsam mit den Landkreisen oder den kreisfreien Städten.

"Ich freue mich, dass es gemeinsam gelungen ist, die Pflegestützpunkte mit



Sozialministerin Birgit Hesse (4. v. rechts) mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Festveranstaltung in Greifswald

einer einheitlichen Struktur in ganz Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich zu etablieren", sagte Frank Michalak, Vorstandsvorsitzender der AOK Nordost. "Die Pflegestützpunkte haben es geschafft, die bereits bestehenden und neuen Versorgungs- und Betreuungsangebote von unterschiedlichen Trägern im Interesse der Menschen gut miteinander zu vernetzen. Die Pflege eines nahen Menschen ist sowohl für den Pflegebedürftigen als auch für den Pflegenden mit einer hohen psychischen und physischen Belastung verbunden. Hier eine kompetente Anlaufstelle zu haben, die mit Rat und Tat zur Seite steht, ist für die Betroffenen eine wertvolle Hilfe", so Michalak weiter.

Auch die Leiterin der Landesvertretung des Verbands der Ersatzkassen (vdek), Kirsten Jüttner, betonte den Vorteil der unkomplizierten, unmittelbaren und schnellen Hilfe durch die Pflegestützpunkte. "Mit ihrer Kompetenz tragen die Pflegeberaterinnen und -berater der Pflegestützpunkte wesentlich dazu

bei, dass pflege- und hilfebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sich den häuslichen Alltag mit der notwendigen Unterstützung organisieren können. Wichtig ist, dass die Beratung auch zuhause stattfinden kann, nicht nur für diejenigen, für die der Weg zum Pflegestützpunkt zu beschwerlich ist, sondern auch. damit sich die Beraterinnen ein Bild der Pflegesituation einschließlich der räumlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten machen können."

Die Landrätin des Landkreises Vorpommern-Greifswald, Barbara Syrbe. wies auf die Rolle der Kommunen bei der Arbeit der Pflegestützpunkte hin. "Die Pflegestützpunkte schaffen es, dass Betroffene und ihre Angehörigen insbesondere in Krisensituationen schnelle und kompetente Beratung aus einer Hand erhalten, ohne dass sie mehrere Anlaufstellen aufsuchen müssen. Unser Ziel muss es zukünftig sein, auch die prophylaktische Beratung auszubauen und die Pflegesozialplanung der Kommunen zu stärken."

### Nachdenken über Hausärzte von morgen

Kompetenzzentrum für Allgemeinmedizin startet in Mecklenburg-Vorpommern

Junge Medizinerinnen und Mediziner, die sich für eine hausärztliche Tätigkeit entscheiden, erhalten in Mecklenburg-Vorpommern eine weitere zusätzliche Unterstützung. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der AOK Nordost sowie den Universitäten in Greifswald und in Rostock gab Sozialministerin Birgit Hesse in Rostock den Startschuss für das Kompetenzzentrum Allgemeinmedizin.

"Der Bedarf an Allgemeinmedizinern wird in unserem Land in den kommenden Jahren steigen", sagte die Ministerin. "Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass die angehenden Hausärztinnen und -ärzte im Land eine fundierte Weiterbildung erhalten", in der ihnen auch das Rüstzeug für eine künftige praktische Tätigkeit geboten werde. Das Kompetenzzentrum sei ein Baustein, um sowohl die medizinisch-fachliche als auch die organisatorisch-administrative Ausbildung zu verbessern und noch attraktiver zu machen. Nach dem Medizinstudium durchlaufen Ärztinnen und Ärzte eine fachlich hochwertige, von der Ärztekammer festgelegte

Weiterbildung, so z. B. für Allgemeinmedizin. Das Kompetenzzentrum bietet begleitende Weiterbildungsangebote, um die jungen Ärztinnen und Ärzte fit für die Praxis zu machen. "Der demografische Wandel macht auch vor den Hausärzten nicht halt. Aktuell sind 24 Prozent unserer Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner im Land älter als 60 Jahre", mahnt Axel Rambow, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung (KVMV), vor einem künftigen Ärztemangel. "Wir brauchen deshalb dringend sehr gut ausgebildeten Nachwuchs und sind froh, dass die zahlreichen Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren gemeinsam mit dem Land und den Krankenkassen auf diesem Gebiet eingeleitet haben, nun Früchte tragen." Die Zahl der Ärzte, die Hausarzt werden wollen, steige Jahr für Jahr.

"Die Einrichtung der Kompetenzzentren ist ein weiterer Baustein, mit dem wir gemeinsam mit unseren Partnern die Weiterbildung noch attraktiver gestalten wollen, damit noch mehr Ärzte diesen Weg einschlagen und nach dem Abschluss der Weiterbildung hier im Land Praxen überneh-

men und die Bevölkerung versorgen", hebt Dr. Dieter Kreye hervor, Vorstandsmitglied der KVMV und selbst Facharzt für Allgemeinmedizin in Neubrandenburg.

"Wir müssen in M-V schon heute über die Hausärzte von morgen nachdenken. Seit Jahren setzt sich die AOK Nordost mit verschiedenen Projekten und Partnern dafür ein, die medizinische Versorgung in MV im Interesse unserer Versicherten zukunftsfest zu gestalten – die Kompetenzzentren sind dabei ein neuer Ansatz", betont Stefanie Stoff-Ahnis, Mitglied der AOK-Geschäftsleitung, "Ich bin überzeugt davon, dass es damit gelingt, die angehenden Ärzte an den Universitäten bereits frühzeitig zu vernetzen und sie in der Region zu verwurzeln."

Prof. Dr. Emil Reisinger von der Universitätsmedizin Rostock ergänzt: "Wir freuen uns, dass die Schaffung des Stiftungslehrstuhls, gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung, 2005 den Grundstein dafür gelegt hat, dass sich die Allgemeinmedizin in Mecklenburg-Vorpommern so gut entwickelt hat."

#### An der Spitze steht Gandhi

Wer ist weise? Eine Befragung unter amerikanischen Studenten ergab: An erster Stelle steht der indische Pazifist Mahatma Gandhi (1863-1948), gefolgt vom chinesischen Philosophen Konfuzius (551-479 v. Chr.), von Jesus Christus und vom amerikanischen Bürgerrechtler Martin Luther King (1929-1968). Unter die Top 15 der weisen Menschen wählten die Studenten u. a. die albanisch-indische Ordensschwester Mutter Teresa (1910-1997), den aus dem tibetischen Buddhismus kommenden Dalai Lama und die neunzigjährige britische Königin Elizabeth II.; sie regiert seit Februar 1952. Der Schriftsteller Ernest Hemingway (1899-1961) war sich allerdings sicher: "Die Altersweisheit gibt es nicht; wenn man altert, wird man nicht weise, sondern nur vorsichtig."

#### Alternsprozesse sind vielschichtig

Seit Februar 1990 besteht in Nürnberg die Deutsche Gesellschaft für Alternsforschung e. V. Die 120 Mitglieder widmen sich der Grundlagenforschung in der Alternsforschung, indem sie vergleichende Analysen erarbeiten. Alternsprozesse – so ihre Erkenntnis – verlaufen ebenso vielschichtig wie die Lebensprozesse selbst. Ziel der Gesellschaft ist, Grundlagen- und klinische Forscher zusammenzubringen.

2011 wurde der derzeitige Präsident gewählt: Prof. Björn Schumacher vom Forschungszentrum an der Universität Köln. Die nächste Jahrestagung findet Anfang Dezember 2016 in Ulm statt; sie gilt als eine der wichtigsten Tagungen innerhalb der Grundlagenforschung des Alterns.

### Ein aufwendiges Prozedere ging voran

Wie altert MV am besten? - Enquete-Kommission stellt Handlungsempfehlungen vor

Wie kann Mecklenburg-Vorpommern einer immer älter werdenden Bevölkerung Rechnung tragen? Mit dieser Frage befasst sich seit vier Jahren die Enquete-Kommission des Landtags "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern". Ihre Aufgabe ist es, Maßnahmen zu empfehlen, die dazu beitragen können, die Versorgung und die gesellschaftliche Teilhabe der älter werdenden Bevölkerung zu sichern. Im Januar legte das Gremium dem Landtag seinen zweiten Zwischenbericht vor. Die im März erschienenen LandtagsNachrichten 2/2016 hoben hervor: Im Kern bewerteten die elf Mitglieder des Landtags und zehn externen Fachleute die Aspekte Wohnen, Mobilität, Gesundheit und Pflege. Besonderen Handlungsbedarf sieht die Kommission beim öffentlichen Nahverkehr und in der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

"Die Ergebnisse, die wir heute vorstellen, sind im Konsens der demokratischen Fraktionen entstanden", betonte der Kommissionsvorsitzende Jörg Heydorn. Das sei ein sehr aufwendiges Prozedere gewesen, denn jeder für sich hätte wahrscheinlich andere Akzente gesetzt. "Aber wir haben es geschafft, zusammen zu bleiben und unsere Dinge gemeinsam zu machen." Für Torsten Koplin (DIE LINKE) ist der

Zwischenbericht "Zeugnis einer sachlich orientierten Arbeit, jenseits machtpolitischen Wetteiferns". Das Ergebnis seien "zukunftsfeste Perspektiven" mit Vorbildcharakter. Eine der Botschaften laute: "Lasst uns Mobilität neu denken!" Dazu gehöre der Einsatz von Bürgerbussen und Carsharing, die Entwicklung von Mobilitätszentralen, "maßgeschneiderte Fahrpläne", barrierefreie Haltestellen und miteinander vernetzte Anbieter. Aus Sicht seiner Fraktion hätten es viele Handlungsempfehlungen "verdient", parallel zur Kommission umgesetzt zu werden. "Leider fanden wir hierfür keine Mehrheit."

"Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstständiges Leben im Alter. Hier liegen jedoch Zwänge auf der Hand", sagte Maika Friemann-Jennert (CDU). Eine geringe Bevölkerungsdichte mache es "immer schwieriger, wirtschaftliche Angebote vorzuhalten". Deshalb müssten die Belange älterer Menschen "stärker als bisher" berücksichtigt werden, insbesondere auf Barrierefreiheit.

Silke Gajek (B'90/DIE GRÜNEN) bedauerte, "dass die Behindertenrechtskonvention nicht ins Hauptvotum eingeflossen ist". Nichtsdestotrotz sei es den Bündnisgrünen gelungen, "sehr viele Punkte umzusetzen". Dazu gehörten ein Haltestellenkataster, ein "dichter

integraler Taktplan" und "ein landeseinheitliches Tarifsystem". Im Bereich der Gesundheit und Pflege "haben wir Grüne uns für die Prüfung einer Pflegekammer und eines Pflegemonitors stark gemacht. Das ist mit aufgenommen worden."

Julian Barlen (SPD) fokussierte seine Rede auf den Bereich Gesundheit. "Es gibt wenige Politikbereiche, in denen es mehr emotionale Aufmerksamkeit, mehr Träger, ein höheres Maß an Selbstverwaltung und ganz wenige direkte Eingriffsmöglichkeiten gibt." Perspektivisch müsse es darum gehen, in der Fläche "lokale Gesundheitszentren als Versorgungsanker" zu etablieren, in denen "ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen angeboten werden".

"Die Empfehlungen, die die Kommission zu Papier gebracht hat, sind übergreifend und auf das ganze Land bezogen", betonte Martina Tegtmeier (SPD). Auch wenn nicht alle Ergebnisse einer Enquete-Kommission sofort umgesetzt würden, sei deren Arbeit dennoch "wegweisend" für die Gesellschaft. Gerade dem öffentlichen Nahverkehr im Land komme künftig eine noch größere Bedeutung zu.

Ihren Abschlussbericht will die Kommission zum Ende der Wahlperiode vorlegen.

### Jeder zweite Rentnerhaushalt mit Wohngeld

Minister Harry Glawe: Publikation gibt Überblick über Neuerungen ab 2016

Das Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus hat die Broschüre "Das Wohngeld" neu aufgelegt. "Die Publikation informiert über viele wichtige Punkte zum Thema Wohngeld. Aufgezeigt werden die Neuerungen der Wohngeldreform 2016, Berechnungsbeispiele für den Zuschuss sowie Ansprechpartner im Land", sag-

te dazu der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Harry Glawe. Die 130-seitige Broschüre enthält darüber hinaus auch die neuen Wohngeldtabellen.

Wohngeld können Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen erhalten, sofern sie keine sogenannten Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II) beziehen, bei denen die Wohnkosten bereits enthalten sind. Die Wohnkosten und dabei insbesondere die Neben- bzw. Betriebskosten sind vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen eine Belastung. 2014 erhielten 26.000 Haushalte Wohngeld in Mecklenburg-Vorpommern. Damit haben rund 3,1 Prozent

aller Privathaushalte im Land Wohngeld in Anspruch genommen, wobei ein durchschnittlicher Zuschuss von 94 Euro im Monat pro Haushalt gezahlt wurde. Jeder zweite Wohngeldempfänger (52 Prozent) im Nord-

osten ist ein Rentnerhaushalt. Zwei Drittel (65 Prozent) der Zuwendungsempfänger sind alleinstehend, in 14 Prozent der Haushalte leben vier oder mehr Personen.

Das Wirtschaftsministerium bietet auf

seiner Internetseite beim Thema Bau einen kostenlosen Wohngeldrechner an. Eine individuelle Beratung gibt es bei den örtlich zuständigen Wohngeldstellen in der Gemeinde-, Stadtoder Amtsverwaltung.

### **Daten fehlen in Deutschland noch**

Seit 2015 werden Entwicklungen in der sozialpsychiatrischen Versorgung bewertet

Ist Teilhabe auch für Menschen mit seelischen Behinderungen möglich? Dieser Frage geht das Forschungsprojekt zur Bewertung aktueller Entwicklungen der sozialpsychiatrischen Versorgung nach, weil es solche Daten in Deutschland bisher noch nicht gibt. Es läuft seit 2015 für zwei Jahre. Das Ziel des Forschungsverbundes ist es, auf der Grundlage der Behindertenrechtskonvention und des Capabilities Approach, das den Wohlstand einer Gesellschaft erfasst, die biopsychosoziale Gesundheitslage und Versorgungssituation psychisch kranker, erwachsener Menschen zu untersuchen. In Bezug auf die aktuellen Versorgungsangebote des fünften, neunten und zwölften Sozialgesetzbuches sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, inwiefern in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern moderne psychiatriepolitische und fachliche Leitideen (z. B. Personen- und Sozialraumorientierung, Inklusion) realisiert werden. Das Projekt verbindet zum ersten Mal die in der sozialpsychiatrischen Forschung engagierten Institutionen Norddeutschlands und schafft mit seinem Beirat nicht nur einen guten Zugang ins Forschungsfeld, sondern auch eine triallogische Beteiligung relevanter Akteurinnen und Akteure. Angesichts des hohen Forschungsbedarfs und gleichzeitigen Nachholbedarfs bei der Forschungsförderung in diesem Bereich ist der Verbund ein Versuch, vorhandene Kapazitäten zu bündeln und aufwendigere (inter-)nationale Studien vorzubereiten.

Auf Initiative des Projekts werden sich – auf eigene Kosten – Regionen in Baden-Württemberg und Westfalen ebenfalls an der Befragung beteiligen, so dass letztlich mit einer sehr großen Gesamtstichprobe der Eingliederungshilfe zu rechnen ist.

Es gibt drei Teilprojekte:

A: Neuausrichtung der sozialpsychiatrischen Versorgung für erwachsene psychisch kranke Menschen durch Impulse aus dem Sozialgesetzbuch XII bzw. IX;

B: Stellenwert und Perspektiven des Einbezugs von Peersupport in verschiedene Segmente der Versorgung von psychisch erkrankten Menschen; C: Evaluation von Wohn- und Betreuungsformen für psychisch kranke Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe. Projektverantwortliche für dieses Teilprojekt sind Prof. Dr. Ingmar Steinhart, Universität Greifswald, Dr. Andreas Speck, Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern, und Dipl.-Psych. Anja Höptner. Die ersten Ergebnisse wurden am 29. April in einem Werkstattgesprächs zur Diskussion gestellt.

Nach Prof. Dr. Steinhart ist Teilhabe nach dem Sozialgesetzbuch IX das zentrale Schlüsselkonzept der Eingliederungshilfe. Gleichwohl gebe es bislang keine empirischen Daten über Teilhaberisiken und -chancen von Menschen mit psychischer Erkrankung in den verschiedenen Betreuungssettings der Eingliederungshilfe. Solche Daten sind aber notwendig,

#### **Capability Approach**

Ziel des Capability Approaches ist es, den Wohlstand in einer Gesellschaft mit mehreren Kenngrößen und nicht nur mit dem Einkommen als eindimensionalen Maßstab zu erfassen, wie es bis dahin in der Wohlfahrtsökonomik üblich war. Im Vordergrund steht die Frage, was der Mensch für ein gutes, gelingendes Leben benötigt. Materielle Güter und Ressourcen werden für diesen Zweck nur als, allerdings wichtige, Mittel und nicht als Selbstzweck betrachtet. Es geht vielmehr um Befähigungen, über die der Mensch verfügen muss, damit er sein Leben erfolgreich gestalten kann.

Die Frage nach den Befähigungen geht über die Konzepte, die sich auf den Lebensstandard und die Menschenrechte konzentrieren, insoweit hinaus, als sie die Forderung an die Gesellschaft beinhaltet, aktiv zur Entwicklung eines besseren Lebens aller Mitglieder der Gesellschaft beizutragen. Der Ansatz ist geeignet, Ungleichheit und Armut mehrdimensional unter Berücksichtigung verschiedener Einflussfaktoren zu beschreiben und Zielsetzungen sowie deren Erreichung für gesellschaftliche Entwicklungen darzustellen. Aus diesem Grunde wird der Ansatz insbesondere im Bereich der Entwicklungspolitik sowie in Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit zunehmend diskutiert und verwendet.

Wikipedia

um die Versorgungsstrukturen sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Hilfe analysieren und gegebenenfalls nachjustieren zu können. Auf der Grundlage des Capabilities Approaches hat das Projektteam sowohl eine theoretische Konzeption von Teilhabe entworfen als auch, daraus abgeleitet, Kennzahlen für eine Erfassung der Teilhabe konzipiert. Der daraus resultierende Fragebogen mit 16 Fragen wurde zunächst – von Juli bis September 2015 - in Mecklenburg-Vorpommern an die Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtungen im ganzen Land verteilt. 2300 Teilberechtigte gibt es in M-V, ausgegeben wurden 1700 Fragebögen, 763 kamen ausgefüllt zurück, 699 davon gingen in die Bewertung ein, das ist etwa ein Drittel der möglichen Nutzer.

Bisheriges Fazit der ausgewerteten Daten: Es ist möglich, auch aus dem Personenkreis der Zielgruppe auswertbare Daten zu erhalten. Dafür spricht, dass etwa 45 Prozent der versandten Fragebögen in die Auswertung eingehen konnten. Eine Bewertung der Daten aus den Fragebögen ist auf der Grundlage des Capabilities Approachs möglich. Die direkte Teilhabe der Menschen aus dieser Zielgruppe liegt nach diesem Ansatz in unserem Bundesland noch unter dem durch die UN-Behindertenrechtskonvention geforderten Niveau.

Auch die Kinder- und Jugendhilfe ist unter dem Gesichtspunkt der Teilhabe erneut zu betrachten. Kinder von psychisch kranken Eltern sind besonders in den Blick zu nehmen. Sind eine zugesagte Wahl- und Entscheidungsfreiheit immer gegeben? Teilhabechancen (Veranstaltungen, gesellschaftliche Teilhabe) sind, entsprechend der Antworten, derzeit fast überwiegend nur im Heim gegeben. Bei einem Ansatz "ambulant vor stationär" müssten diese auch im ambulanten Bereich besser ausgestaltet werden. Die Normierung der Leistungsträger setzt derzeit nicht bei der Teilhabe der Leistungsempfänger an. Deshalb seien Mindeststandards auch für Teilhabe erforderlich. Die Arbeit in der Sozialpsychiatrie müsse sich durch veränderte Rahmenbedingungen von der Betreuung auch von psychisch Kranken zur Hilfe bei der Verwirklichung von Teilhabechancen entwickeln.

Die Veranstaltung erwies sich als sehr aufschlussreich und man darf gespannt sein auf Informationen zum weiteren Fortschritt des Projekts. Ich hoffe, dass diese Ergebnisse auch in eine baldige Novellierung des Beteiligungs- und Teilhabegesetzes einfließen werden, das zur Zeit schon in der Erstellung ist.

**Brigitte Paetow** 

### Messe für Gesundheit und Lebensfreude

Die 13. Auflage der Messe "Mitten im Leben - 50+" für Menschen im besten Alter in Schwerin präsentierte sich Anfang April mit 83 einheimischen und überregionalen Ausstellern und einer großen Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen. Es wurden Angebote aus den Bereichen Tourismus, Freizeit, Hobby, Wellness, Gesundheit, Wohnen, Sicherheit, Vorsorge, Essen und Trinken vorgestellt. Dazu gab es umfangreiche Informationen zur Vorsorge, betreutem Wohnen, barrierefreien Bädern und Gärten für Senioren. Das Rollator-Training des Schweriner Nahverkehrs und ein Geschicklichkeitsparcours forderten zum Mitmachen auf. Mit dem Rahmenprogramm aus Tanz, Modenschau und Vorträgen



Hartmut Renken (rechts außen) und Helmut Holter (Zweiter von links) am Messestand des Landesseniorenbeirats Foto: Armin Blumtritt

sowie der Podiumsdiskussion zum Thema: "Kultur für Alle – Ist ein barrierefreier Zugang für jeden möglich?" wurde für Kurzweil gesorgt.

Moderne Menschen haben nicht gelernt, das Alter zu lieben, sondern sie haben erfolgreich gelernt, bis ins höhere Alter fit zu bleiben.

### **Unser Land ist Spitze im Osten**

Den Menschen in M-V ist es nicht egal, was um sie herum passiert

Immer mehr Menschen in Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich ehrenamtlich. Waren es 1999 noch knapp 29, so sind es jetzt knapp 43 Prozent. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Freiwilligensurvey hervor. Der Freiwilligensurvey ist die größte aktuelle Untersuchung zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Er wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben und seit 1999 alle fünf Jahre zur Verfügung gestellt. 2014 wurden in Deutschland 28 650 Personen zu ihrem ehrenamtlichen Engagement befragt.

"Das Ergebnis der Studie belegt: Meck-

lenburg-Vorpommern liegt beim Thema ehrenamtliches Engagement an der Spitze der ostdeutschen Länder. 1999 waren wir noch vorletzter. Dieses Ergebnis macht deutlich, dass es den Menschen in unserem Land nicht egal ist, was um sie herum passiert. Sie kümmern sich in unterschiedlichsten Ehrenämtern vom Sport über die Feuerwehr bis hin zu sozialen Organisationen. Darauf können alle stolz sein", betonte Ministerpräsident Erwin Sellering.

Bemerkenswert sei, dass die Jüngeren in der Altersgruppe 14 bis 29 Jahre mit 54,2 Prozent besonders aktiv sind. Sellering: "Das finde ich ganz ausgezeichnet, spricht es doch dafür, dass sich

junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sehr für die Gemeinschaft einsetzen."

Die Landesregierung unterstützt das Ehrenamt konsequent. "Neben gut organisierten Bereichen, in denen auf der Basis einer klaren Zuordnung zu einzelnen Ressorts die notwendige staatliche Unterstützung durch die Landesregierung gesichert ist, tritt zunehmend ein ebenfalls sehr begrüßenswertes bürgerschaftliches Engagement, das nicht in feste Strukturen eingebunden ist und Hilfe durch die Landesregierung braucht. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gegründet."

### Erster Kaminabend: Gespräche auf Augenhöhe

Jugendliche, Senioren, Abgeordnete und Flüchtlinge trafen sich in Papendorf bei Rostock

Geboren wurde die Idee von Kamingesprächen beim "Generationenforum" im Juli 2015. Damals trafen sich unmittelbar nach dem Beteiligungsprojekt "Jugend fragt nach" Jugendliche mit Senioren, um sich über gemeinsame Probleme und Ziele in M-V auszutauschen und Abgeordnete für ihre Vorschläge und Forderungen zu gewinnen. Eine Idee des "Generationenforums": In regelmäßigen Abständen Gesprächsabende jenseits des Schul- und Politikalltags, an einem neutralen Ort, in lockerer Atmosphäre - Kamingespräche eben. Jugendliche, Senioren und Landtagsabgeordnete blieben an der Idee dran, die Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings koordinierte die Organisation. Am 18. März dann die Premiere: Rund 40 Akteure kamen zum ersten Kaminabend in Papendorf bei Rostock.

Thema war die Flüchtlingspolitik. Und da man auf keinen Fall nur über Flüchtlinge reden wollte, waren auch Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan dabei. Der LINKE-Abgeordnete Dr. Hikmat Al-Sabty, selbst wegen des ersten Irak-Krieges aus seiner Heimat geflohen, konnte nicht nur aus eigener Flucht- und Integrationserfahrung berichten, sondern half auch als Arabisch-Dolmetscher bei der Verständigung.

Das Konzept des Abends setzte bewusst auf freien Austausch, Spontanität und Flexibilität. Die räumlichen Bedingungen im Veranstaltungshaus "Villa Papendorf" boten den idealen Rahmen. Als inhaltliche Orientierung waren im Vorfeld drei Themenfelder verabredet worden: Was verstehen wir unter Integration? / Fluchtgründe/Fluchtgeschichten / Projekte und ehrenamtliche Unterstützung.

Zum Auftakt gab Ulrike Seemann-Katz vom Flüchtlingsrat M-V einen kurzen Überblick über die aktuelle Flüchtlingssituation im Land, und der aus Afghanistan geflohene Ali Fayyazi schilderte sein Schicksal. Im Anschluss waren alle Teilnehmenden frei in ihrer Entscheidung, zu welcher Themenrunde sie sich hinzugesellten. Auch eine Verweilpflicht gab es nicht, ein Wechseln zwischen den Gruppen war jederzeit möglich, und wenn sich in der Küche am kleinen, aber feinen syrischen Büfett spontan ein Gespräch entspann – auch gut. Die Idee ging auf: Anders als bei anderen Veranstaltungsformaten stand nicht die Funktion der einzelnen Personen im Vordergrund, sondern das persönliche Gespräch auf Augenhöhe; ohne Ergebnisdruck wurden Einstellungen, Erfahrungen und Ideen ausgetauscht. Die Teilnehmenden lebten an diesem Abend das, was für sie alle die grundsätzliche Voraussetzung ist für gelingende Integration: sich kennenlernen, einander zuhören, Respekt und Empathie.

Fortsetzung auf Seite 22

"Das war toll!", fanden am Ende die meisten. "It was very good and it's amazing how much the people care!", schrieb einer der Flüchtlinge an die Feedback-Wand. Und auch diese Notiz sprach allen aus dem Herzen: Ein guter Anfang – jetzt muss es weitergehen!

Der Kaminabend wurde gefördert von den vier demokratischen Landtags-Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als Teilnehmer dabei waren die Abgeordneten Dagmar Kaselitz und Ralf Mucha (SPD), Jacqueline Bernhardt, Barbara Borchardt und Dr. Hikmat Al-Sabty (DIE LINKE) sowie Silke Gajek und Johannes Saalfeld (B'90/DIE GRÜNEN).

LandtagsNachrichten 3/2016

### Neuer Direktor der Medienanstalt M-V

Der gelernte Rundfunkjournalist Bert Lingnau wurde Nachfolger von Dr. Uwe Hornauer

Seit dem 12. März 2016 ist der Journalist Bert Lingnau neuer Direktor der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern. Der aus Barth (Vorpommern Gebürtige vom Jahrgang 1972 studierte von 1993 bis 1998 in Greifswald die Fächer Geschichte und Germanistik. Anschließend absolvierte er ein Volontariat beim Norddeutschen Rundfunk und arbeitete danach bis 2008 für den NDR. Seit 2009 ist er in der Medienanstalt M-V tätig. Hier arbeitete er als Beauftragter für die Offenen Kanäle in Mecklenburg-Vorpommern und war zugleich Referent für Medienkompetenz-Förderung und Öffentlichkeitsarbeit. Lingnau war am 14. Juli 2015 vom Medienausschuss Mecklenburg-Vorpommern zum Direktor der Medienanstalt gewählt worden. Der 44-Jährige trat die Nachfolge von Dr. Uwe Hornauer an, der die Behörde zwölf Jahre lang geleitet hatte.

### Radio B2 darf für zehn Jahre senden

Medienausschuss M-V beschloss Zulassung eines weiteren privaten Hörfunkprogramms

Der Medienausschuss, das Entscheidungsgremium der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, hat beschlossen, dass fünf freie UKW-Übertragungskapazitäten in Schwerin, Wismar, Rostock, Stralsund und Greifswald an die MVP Lokalradio GmbH (Berlin) zugewiesen werden können. Die private, kommerzielle Radioveranstalterin darf ihr Programm *radio B2 – WIR LIE-BEN SCHLAGER!* für die Dauer von zehn

Jahren verbreiten. Über die Zuweisung einer weiteren freien UKW-Übertragungskapazität für das Stadtgebiet Stralsund ist noch nicht entschieden. Anfang November 2015 hatte der Medienausschuss beschlossen, sechs freie UKW-Übertragungskapazitäten für private, kommerzielle Hörfunkprogramme auszuschreiben. Acht Veranstalter hatten sich beworben. Die Ausschreibung wurde möglich, weil zum einen

die Klassik Radio GmbH & Co. KG (Hamburg) im Juli 2015 mitgeteilt hatte, die ihr erteilten Frequenzzuweisungen für die Standorte Schwerin, Wismar, Stralsund und Rostock nicht mehr in Anspruch nehmen zu wollen. Zum anderen konnten zwei weitere – von der Bundesnetzagentur neu festgestellte – UKW-Übertragungskapazitäten für Stralsund und Greifswald ausgeschrieben werden.

### "Sorglos-Urlaub" muss gut vorbereitet sein

Rostocker Projekt für einen seniorenfreundlichen Urlaub findet großen Widerhall

Das Institut für Gesundheitsmanagement Nord in Rostock gehört zu den Gewinnern des Ideenwettbewerbs Gesundheitswirtschaft 2015. Mit ihrem Portal www.sorglos-urlaub.de sind die Projektentwickler seit Oktober 2015 neu auf dem Markt. "Sorglos-Urlaub in MV" wurde entwickelt, um Menschen, die Unterstützung oder Pflege benöti-

gen, einen sorgenfreien Urlaub zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an aktive und lebensfrohe Menschen, die für ihren Urlaub gezielte Hilfestellung am Urlaubsort benötigen. "Mit dem Konzept werden einerseits Reisenden mit gesundheitlichen Einschränkungen flächendeckend Urlaubsangebote in unserem Land unterbreitet und andererseits können die Hotels und Anbieter vor Ort neue Gästegruppen erschließen. Es wird eine wichtige Marktlücke mit Leben erfüllt, die zunehmend an Bedeutung gewinnen wird", betonte Wirtschaftsminister Harry Glawe. Das Wirtschaftsministerium sucht in Koope-

Fortsetzung auf Seite 24

# "Hier fühl n wir uns zu Hause...

Vitanas



... denn hier können wir einfach sein, wie wir sind und die Nachbarn sind auch noch nett!"

#### Das bieten wir - kurzgefasst:

Kurz- und Langzeitpflege | spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | Probewohnen | Ihre privaten Möbel können Sie natürlich gern mitbringen | Reinigungsservice für Ihre Wäsche | Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung | Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen | Wir kochen täglich frisch für Sie

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark

Am Tierpark 6 17373 Ueckermünde

**(**039771) 201 - 0

www.vitanas.de

Neustrelitzer Straße 40 17033 Neubrandenburg

**2** (0395) 563 98 - 0

ration mit der BioCon Valley GmbH innovative und vielversprechende Ideen für die Gesundheitswirtschaft.

Ziel des Siegerprojekts aus dem vergangenen Jahr ist eine aktive Vermarktung des innovativen "Sorglos-Urlaub"-Konzepts, das vom Rostocker Institut entwickelt und Anfang 2015 als Marke mit vier teilnehmenden Hotels startete. Inzwischen gibt es bereits elf engagierte Kooperationspartner und ein übersichtliches Buchungsportal. Das Konzept hat Dienstleistungen im Bereich des seniorengerechten Gesundheitstourismus zum Inhalt, hier insbesondere Betreuungs- und Pflegeleistungen für Reisende mit gesundheitlichen Einschränkungen und unterschiedlichem Unterstützungs- und Pflegebedarf, die ohne diese speziellen Angebote nicht mehr "sorglos" reisen könnten. Gleichzeitig bildet das Institut extra geschulte "Fachkräfte für Seniorentourismus" für die beteiligten Hotels und Netzwerkpartner vor Ort aus. In Verbindung mit einem Gütesiegel "Sorglos-Hotel" soll diese Weiterbildung entsprechende Qualitätsstandards sicherstellen.

"Es ist klar, dass ein Sorglos-Urlaub seitens der Hotels dabei besonders sorgsam vorbereitet werden muss", betonte Minister Glawe. "Man muss die Bedürfnisse kennen und sich darauf fachgerecht einstellen. Bei einer älter werdenden Gesellschaft wird sich der seniorenfreundliche Urlaub zu einem wichtigen touristischen Segment entwickeln." Das Wirtschaftsministerium unterstützt das Projekt im Rahmen des Ideenwettbewerbs Gesundheitswirtschaft über eine Laufzeit von zwei Jahren mit insgesamt 147.000 Euro.

"Unsere ersten Urlauber kamen vor allem aus dem Großraum Berlin und Ros-

tock", sagte Projektleiter Peter Grosse. "Besonders nachgefragt sind Reisen direkt in Strandnähe, wie beispielsweise das Hotel Ostseewoge in Graal-Müritz oder das Hotel Godewind in Markgrafenheide. In diesem Jahr wollen wir Partner für das Dienstleistungsnetzwerk für die neuen Regionen im Land aufbauen. Das umfasst unter anderem einen Fahrdienst, mindestens zwei Kooperationshotels sowie fachkundiges Pflege- und Betreuungspersonal pro Region. Für den Bereich Rostock und Mecklenburgische Ostseeküste steht dies bereits", so Grosse.

Am "Ideenwettbewerb Gesundheitswirtschaft" hatten sich im vergangenen Jahr 39 Projektträger beteiligt, die vielfältige Ideen aus den Bereichen Gesundheitsdienstleistungen, Gesundheitstourismus, Ernährung für die Gesundheit sowie Gesundes Alter(n) einbrachten.

### Digitale Selbstverteidigung im Blick

Medienaktiv M-V: Brauchen wir fest verankerte Medienbildung für alle Altersgruppen?

Facebook, WhatsApp, Instagram oder YouTube, Diäten-Apps, Fitness-Armbänder, vernetzte Autos, Wohnungen oder Häuser - welche Technik erwartet uns in der Zukunft oder wird uns angeboten? Und wie werden wir uns entscheiden? Die Angebote folgen der Zeitknappheit der Menschen, die sämtliche Abläufe optimieren wollen, um das individuelle Leben einfacher zu gestalten. Gleichzeitig nutzen wir die positiven Seiten der Digitalisierung. Doch welche Folgen wird sie für unsere Gesellschaft haben? Wie wird sich die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit von jungen Menschen entwickeln,

welche Veränderungen gibt es in den Berufen, wie können wir digitale Teilhabe und Chancengleichheit über alle Generationen hinweg gewährleisten? Nur informierte und selbstbestimmte Nutzerinnen und Nutzer können die Chancen und Risiken einer digitalen Gesellschaft einschätzen.

Das landesweite Netzwerk der Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern, Medienaktiv M-V, will die Medienbildungsangebote im Land wahrnehmbarer machen. Es gibt viele einzelne positive Beispiele, die Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Ältere über die Chancen und Risiken

aufklären. Doch es fehlt an einer flächendeckenden und chancengleichen Medienbildung. Das Netzwerk Medienaktiv M-V richtete auf seiner Frühjahrstagung Ende März in Schwerin Forderungen an die zukünftige Landespolitik, die aus seiner Sicht diesem Ungleichgewicht entgegenwirken und diskutiert werden müssen. Der Tagung voraus ging ein Medienpolitischer Abend im Januar, auf dem die Themen bereits diskutiert und Forderungen formuliert wurden. Einige Teilnehmende äußerten sich dazu vor der Kamera des Offenen Kanals "Fernsehen in Schwerin".

Die verschiedenen Altersstufen der Menschen halten einander für verschiedene Rassen: Alte haben vergessen, dass sie jung gewesen sind, Junge vergessen, dass sie alt werden können.

### Männer und Frauen gleichermaßen betroffen

Essen und Trinken bei Sodbrennen – Was besonders ältere Menschen beachten sollten

Unter Sodbrennen, auch als "Refluxkrankheit" bezeichnet, versteht man den Rückfluss (Reflux) des sauren Mageninhalts in die Speiseröhre. In Deutschland leiden etwa sieben bis 20 Prozent der Bevölkerung mehrmals wöchentlich oder täglich unter Sodbrennen. Männer und Frauen sind gleichermaßen betroffen, und die Häufigkeit nimmt mit steigendem Alter zu. Grundlegende Ursache des Rückflusses ist die Erschlaffung des Speiseröhren-Schließmuskels, der normalerweise dafür sorgt, dass der Speisebrei nicht mehr zurückfließen kann, zusammen mit einem aggressiven Reflux. Dadurch kommt es zum Kontakt des Speisebreis mit der Schleimhaut der Speiseröhre, was die Beschwerden der Krankheit auslöst. Während der Magen gegen Salzsäure und Enzyme geschützt ist, wird die Schleimhaut der Speiseröhre beim wiederholten Kontakt mit dem Mageninhalt angegriffen. Beschwerden äußern sich hauptsächlich in einem brennenden Gefühl hinter dem Brustbein sowie durch saures Aufstoßen, Oberbauchschmerzen und Völlegefühl direkt nach dem Essen. Besonders stark ausgeprägt ist dies beim

Die Zusammensetzung der Nahrung hat unter anderem einen Einfluss auf die Muskelspannung des Speiseröhren-Schließmuskels. Eine fettreiche Mahlzeit reduziert den Muskeltonus um 30 PROZENT. Deshalb sollten vor allem voluminöse und fettreiche Mahlzeiten möglichst selten verzehrt werden – vor allem nicht abends. Um Fett zu meiden, sollten mageres Fleisch, Gemüse, Kartoffeln und Reis ohne fette Soßen und ohne Mayonnaise bevorzugt werden.

Liegen bzw. in horizontaler Lage.

Sinnvoll sind auch die Aufteilung der Nahrung auf mehrere kleinere Mahlzeiten (vier bis sechs pro Tag), ein gutes Durchkauen der Mahlzeiten sowie ein langsames Essen in kleinen Bissen. Auch sehr kalte und extrem heiße Speisen und Getränke oder sehr scharfes, geräuchertes oder gepökeltes Fleisch oder Wurstwaren sowie Frittiertes können die Symptomatik verstärken, weshalb diese gemieden werden sollten. Der Einfluss von Kaffee und Koffein auf

na-Süße g

DGE-Ernährungskreis

das Ausmaß des Sodbrennens ist nicht eindeutig geklärt und von individuellen Faktoren abhängig. Wahrscheinlich ist es weniger das Koffein als vielmehr bestimmte Kaffeeinhaltstoffe, die den Muskeltonus herabsetzen. Deshalb ist es wichtig, hier die individuelle Verträglichkeit zu berücksichtigen.

Alkohol senkt zum einen die Muskelspannung des Schließmuskels, zum anderen finden sich Störungen in den Bewegungen der Speiseröhre. Außerdem kann dieser die Säureproduktion vermehren sowie den Mageninnendruck steigern. Aus diesem Grund sollten alkoholische Getränke weitestgehend gemieden werden. Auch Nikotin

kann die Situation sehr verschlechtern, weshalb es ratsam ist, auf das Rauchen zu verzichten oder es zumindest stark einzuschränken.

Die Symptomatik wird bei bestehenden Entzündungen durch den Verzehr von beispielsweise stark zuckerhaltigen Getränken wie Limonade verstärkt. Auch Schokolade vermag, bedingt durch einen hohen Fett- und Zuckeranteil, die Situation verschlechtern, da gerade die Kombination aus Süßem und Fettigem die Krankheit be-

günstigen kann.

Aufgrund der vermehrten Leibesfülle bei Übergewicht erhöht sich der Druck im Bauchraum, wodurch die Druckdifferenz zwischen Speiseröhre und Magen abnimmt. Dies begünstigt den Rückfluss von Speisebrei, besonders im Liegen. Eine Gewichtsabnahme reicht bei milden Formen häufig aus, um die Symptome zu beseitigen oder zu lindern. 80 Prozent der Refluxkranken sind übergewichtig.

Maßnahmen zum Stressabbau können ebenfalls helfen, das Krankheitsbild zu verbessern. Auch sollten einengende Kleidung oder Bewegungen, die den Druck im Magen erhöhen (starke Bauchpresse, Bücken), vermieden werden. Durch die Verwendung einer Kopfstütze oder eines zweiten Kopfkissens erreicht man eine aufrechtere Schlafposition, was die verstärkten Beschwerden in horizontaler Lage verringern kann.

Empfehlenswert ist es in jedem Fall, einen Arzt zu Rate zu ziehen, damit dieser den Schweregrad der Erkrankung sowie geeignete Therapiemaßnahmen einleiten kann.

Sina Heinrichs Geschäftsstelle Schwerin der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. Sektion Mecklenburg-Vorpommern

### Fünf Gramm Salz reichen pro Tag

In Deutschland wird dieser empfohlene Satz jedoch vielfach überschritten

Ein gewisses Maß an Salz ist wichtig für den Geschmack des Essens und lebensnotwendig für bestimmte Funktionen im Körper. Doch in zu großen Mengen kann Salz schädlich für die Gesundheit sein. Zu viel Salz im Essen ist ein weltweit verbreitetes Problem. Auch in Deutschland wird mehr Salz gegessen als gesund ist.

#### Wieviel Salz ist noch gesund?

Kochsalz besteht aus den beiden Mineralstoffen Natrium und Chlorid. Natrium ist verantwortlich für die Regelung des Wasserhaushalts und die Reizübertragung von Muskel- und Nervenzellen. Chlorid ist Bestandteil der Verdauungssäfte. Als untere Grenze für die tägliche Salzaufnahme wird eine Zufuhr von 1,4 Gramm angenommen. Täglich höchstens 6 Gramm Kochsalz, so lautet die Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) für Erwachsene. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt, nur fünf Gramm Salz täglich zu essen. Über 75 Prozent der Männer und fast 70 Prozent der Frauen überschreiten jedoch täglich diese Empfehlungen.

Nach aktuellen Zahlen einer Studie, die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Auftrag gegeben wurde, liegt die durchschnittliche Salzaufnahme in Deutschland bei Männern bei 10 und bei Frauen bei 8,4 Gramm am Tag. Darüber hinaus nehmen, abhängig vom Alter, 45 bis knapp 55 Prozent der Männer sogar mehr als 10 Gramm Salz am Tag zu sich.

Was sind die gesundheitlichen Folgen? Zu viel Salz kann zu Bluthochdruck führen; dieser schädigt im Laufe der Zeit wichtige Organe, etwa das Herz, die Herzkranzgefäße, das Gehirn, die Nieren und die Blutgefäße. Die Folge können Herzinfarkt oder Schlaganfall sein. Gegenteilige Studien, die zeigen sollen, dass ein niedriger Salzkonsum mit einer höheren Sterblichkeit verbunden ist, werden von der Fachwelt stark kriti-

# Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommera

siert. Ohne Zweifel besteht in Deutschland nicht die Gefahr, dass wir zu wenig Salz essen.

#### Wo gibt es am meisten Salz?

Etwa 80 Prozent der täglichen Salzzufuhr stammen aus verarbeiteten Lebensmitteln. Hauptquellen sind Brot und Brötchen (27 bis 28 Prozent), Fleisch- und Wurstwaren (15 bis 21 Prozent), Milchprodukte und Käse (zehn bis elf Prozent). Dabei gibt es große Unterschiede innerhalb der Lebensmittelgruppen. So ist der Salzgehalt bei gepökelten Wurstwaren deutlich höher als bei ungepökelten, bei Hartkäse deutlich höher als bei Frischkäse. Häufig enthalten auch Fertiggerichte und Instantsuppen sehr viel Salz, ebenso salziges Knabbergebäck.

Bei Maßnahmen zur Reduktion der Salzaufnahme ist es sinnvoll, bei den Produkten anzusetzen, die in größeren Mengen gegessen werden. Durch Brot und Brötchen wird über ein Viertel der täglichen Salzaufnahme geliefert. Sie enthalten durchschnittlich 1,34 Gramm Salz pro 100 Gramm Brot. Mit dem empfohlenen Einkauf von Broten mit etwa einem Gramm pro 100 Gramm könnte man, ohne Geschmacksverluste, viel Salz bei Brot einsparen. Produkte mit einem solch geringen Salzgehalt gibt es bei allen Brotsorten. Die Hersteller bemühen sich aber kaum, den Salzgehalt in den seit Jahren im Handel befindlichen Brotsorten zu senken. Lediglich bei Neueinführungen zeigt sich eine Tendenz zu niedrigeren Salzgehal-

Kann der Salzgehalt in allen Lebensmitteln ohne technologische Probleme gesenkt werden? Bei Brot ist eine Absenkung der Salzmenge technologisch kein Problem, bei Käse und Wurst hat Salz jedoch spezifische Wirkungen auf die Produkte.

Verschiedene Studiengruppen und Unternehmen beschäftigen sich mit der Salzreduktion, etwa bei Fleischerzeugnissen. Es soll weder die Lebensmittelsicherheit noch die Haltbarkeit beeinträchtigt werden. Teilweise müssen aber die Rezepturen sowie die Verfahren überarbeitet werden. Im Käse erfüllt Kochsalz wichtige technologische und sensorische Funktionen. Obwohl der Salzgehalt stark variieren kann, gibt es für jede Käsesorte einen optimalen Salzgehalt. Die Möglichkeiten für eine Salzreduktion sind stark abhängig von der Käsesorte.

#### Wie erfolgt die Kennzeichnung?

Ab Ende 2016 müssen alle Hersteller nach einer EU-Verordnung den Kaloriengehalt und sechs Nährstoffe (Fett, gesättigte Fettsäuren, Kohlenhydrate, Zucker, Eiweiß und Salz) in einer übersichtlichen Tabelle angeben. Die Deklarierung des jeweiligen Nährstoffgehalts ist stets auf 100 Gramm oder 100 Milliliter zu beziehen. Zusätzliche Angaben pro Portion sind zulässig. Hier ein Kennzeichnungsbeispiel:

Durchschnittliche Nährwertangaben	je 100 g
Energie (kJ/kcal)	1470/354
Fett:	28,0 g
davon gesättigte Fettsäuren:	19,0 g
Kohlenhydrate:	< 0,5 g
davon Zucker	< 0,5 g
Eiweiß:	25,0 g
Salz:	1,7 g

Mit der konkreten Salzkennzeichnung lässt sich der Salzgehalt verschiedener Produkte leicht vergleichen. In fast jeder Lebensmittelgruppe, ob bei Brot, Pizza oder Käse, gibt es salzärmere Produkte anderer Hersteller, mit denen viel Salz eingespart werden kann.

### **Neutrale und kostenlose Beratung**

Pflegestützpunkte haben sich etabliert und werden vielfältig angenommen

Der erste Pflegestützpunkt in unserem Bundesland wurde im März 2011 in Pasewalk eröffnet. Heute, fünf Jahre später, bieten alle Landkreise und kreisfreien Städte ihren pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürgern sowie deren Angehörigen umfassende neutrale, kostenlose Beratung in 14 Pflegestützpunkten. Daran erinnerte im April eine Festveranstaltung des Landessteuerungsausschusses Pflegestützpunkte Mecklenburg-Vorpommern im Maritimen Jugenddorf Greifswald-Wieck. (Siehe auch Seite 16.) Als Vertreterin des Landesseniorenbeirats nahm die stellvertretene Vorsitzende Brigitte Seifert teil. Die Pflegestützpunkte, die gemeinsam durch die Kranken- und Pflegekassen sowie den jeweiligen Landkreis oder die kreisfreie Stadt getragen werden, haben sich inzwischen etabliert und werden vielfältig angenommen. Die Arbeit von 52 Pflege- und Sozialberaterinnen sowie -beratern trägt dazu bei, dass möglichst viele Menschen trotz Pflegebedürftigkeit in ihrem Zuhause bleiben können und nicht in einem Pflegeheim betreut werden müssen.

#### Schwerin: Nachhaltige Beratung

In Schwerin führt seit März die Kreishandwerkerschaft Schwerin gemeinsam mit dem Pflegestützpunkt das Kooperationsprojekt Schwerin "Wohnberatung – Wohnen ohne Barrieren" durch. Die Landeshauptstadt hat schon frühzeitig mit konzeptionellen Überlegungen begonnen, um den demografischen Wandel zukunftsfähig zu gestalten. Mit der ersten Pflegesozialplanung werden die Folgen der demografischen Entwicklung analysiert, der Unterstützungsbedarf der älteren Bevölkerung identifiziert und die bestehenden Versorgungsangebote geprüft. Entsprechend diesen Empfehlungen sowie denen der Enquete-Kommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpom-



mern" des Landtags will das Projekt eine mobil aufsuchende, neutrale sowie niedrigschwellige und nachhaltige Wohnberatung in Schwerin aufbauen. Dazu fand am 20. April eine Auftaktveranstaltung mit Gästen und Referenten aus der Stadtverwaltung mit dem Fachdienst Soziales und Gesundheit, aus dem Pflegestützpunkt Schwerin, vom Landesseniorenbeirat, vom Behindertenbeirat, der Volkssolidarität, dem Sozialausschuss sowie mit Vertretern der Kranken- und Pflegekassen und der Sanitätshäuser Stolle und Kowsky statt. Bernd Rosenheinrich, LSB-Vorsitzender und Präsident des 9. Altenparlaments, sprach zum Thema "Wohnen und Mobilität im Alter" und forderte genügend bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum in Schwerin. Außerdem benannte er Probleme, Ideen und Wünsche der älteren Menschen. Frau Dr. Antje Bernier von der Fachhochschule Wismar, Lehrbeauftragte und Sachverständige, erläuterte anschaulich unter dem Motto "Barrierefrei wohnen - Vorsorge fürs Alter" an praktischen Beispielen aktuelle Regelungen innerhalb der Landesbauordnung M-V. Die fachlichen Rahmenbedingungen des Kooperationsprojekts erläuterten vom Pflegestützpunkt die Pflegeberaterin Bettina Wahl und von der Kreishandwerkerschaft die Wohnberaterin Kerstin Fehlandt. Gemeinsam wurde über das Vorhaben diskutiert, eingebracht wurden Ideen, Fragen und fachliche Expertisen. Abschließend beschäftigte sich Simone Borchardt, die Regionalgeschäftsführerin der Barmer GEK, anschaulich und ausführlich mit den finanziellen Entlastungen im Bereich der Pflege. Betont wurde von den Projektpartnern die Notwendigkeit einer unabhängigen Beratung vor Ort, in der Häuslichkeit, die Beratung "aus einer Hand" sowie die Verknüpfung mit dem Pflegestützpunkt. Wichtig sei eine fallorientierte und individuelle Wohnberatung, die den nachbarschaftlichen Bezug und das Wohnumfeld berücksichtigen.

Die "Wohnberatung" steht allen Ratsuchenden offen. Junge Familien werden ebenso angesprochen wie ältere Menschen, deren körperliche Kräfte eingeschränkt sind, sowie Menschen mit Behinderung und deren Angehörige und Betreuer, außerdem alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, die sich über barrierefreies Wohnen und Wohnungsanpassung informieren und beraten lassen wollen. Ebenfalls angesprochen und beraten werden Vermieter, Wohnungseigentümer, Fachkräfte aus der sozialen Arbeit, den kommunalen Verwaltungen, Architekten, Handwerker, Sanitätshausmitarbeiter wie überhaupt die interessierte Öffentlichkeit.

Die Arbeit der "Wohnberatung" ist kostenlos, individuell, trägerneutral und kompetent. Sie empfiehlt Möglichkeiten und Wohnformen, nimmt sich des Themenbereichs "Wohnen im Alter" an, vermittelt Informations- und Beratungsgespräche in den eigenen vier Wänden, analysiert die Wohnsituation unter Berücksichtigung von Fähigkeiten und Fertigkeiten des vorhandenen Netzwerks und führt verschiedene Wohnungsanpassungsmaßnahmen durch. Dazu gehören Hilfsmitteleinsatz, Ausstattungsänderung, bauliche Änderung, Vermittlung und Koordination von Dienstleistungen durch qualifizierte geschulte Handwerksbetriebe, Information und Beratung über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der Wohnungsanpassung sowie die Koordination aller an der Maßnahme beteiligten Personen.

Die "Wohnberatung" begleitet vom ersten Kontakt bis zur Umsetzung der individuellen Lösung. Sie will die Anpassung

des Wohnungsbestands voranbringen und ist in Schwerin dringend erforderlich, um möglichst flächendeckend altersgerechte Wohnmöglichkeiten anzubieten.

#### Güstrow:

#### **Umzug und neue Telefonnummer**

Der Pflegestützpunkt Güstrow ist seit dem 26. April in der Hageböcker Str. 19 zu finden. Die neue Telefonnummer ist: 03843-75550420 oder -75550421. Die Sprechzeiten für eine persönliche oder telefonische Beratung sind dienstags von 8.30 bis 12 Uhr und 13.30 bis 16 Uhr sowie donnerstags von 8.30 bis 12 Uhr und 13.30 bis 17 Uhr. Für einen Beratungsbesuch in der Häuslichkeit stehen die Pflege-und Sozialberater nach Terminabsprache ebenfalls zur Verfügung.

### Landesweites Präventionsprojekt

Seniorensicherheitsberater des Landeskriminalamts stellten es auf der "Messe 50 plus" vor

Guten Zulauf hatten die vier Seniorensicherheitsberater des Landeskriminalamts an ihrem Stand auf der "Messe

Dieses Präventionsprojekt wird finanziert durch:

### **PROVINZIAL**



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

50 plus", der 13. Landesausstellung für Gesundheit und Lebensfreude in der Schweriner Sport- und Kongresshalle. Neben Vorträgen und Beratungen zum Trickdiebstahl, Betrug und Einbruchschutz wiesen sie die meist älteren Besucher mit neuen Flyern darauf hin, dass seit letztem Jahr in jedem Landkreis und den kreisfreien Städten pensionierte Polizisten als Seniorensicherheitsberater für Veranstaltungen der Kriminal- und Verkehrsprävention über die Kreispräventionsräte angefordert werden können. Darüber hinaus war die Messe eine gute Gelegenheit, um neue Kontakte zu knüpfen und das gemeinsame Präventionsprojekt der Landespolizei und des Landesseniorenbeirats landesweit noch bekannter zu machen.

Wilfried Meyer Landeskriminalamt M-V



Über Kriminalitätsrisiken im Alter und Schutzmöglichkeiten hielt Seniorensicherheitsberater Bernd Fritsch zwei Vorträge.



Seniorensicherheitsberater Siegfried Schulz (Mitte) im Gespräch.

### Besondere Verdienste: Martin Langer

Im Dezember zeichnete Ministerpräsident Erwin Sellering das Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Seniorensicherheit des Landesseniorenbeirats Martin Langer mit der Ehrennadel für besondere Verdienste im Ehrenamt aus. Martin Langer engagiert sich seit 2001 in der Opferschutzorganisation Weißer Ring. Er betreut und berät Opfer von Verbrechen und sorgt auch für deren finanzielle Unterstützung. Über 100 Opfer hat er bereits betreut. Deshalb hat ihn auch der Weiße Ring für diese Auszeichnung vorgeschlagen.

Aber nicht nur im Weißen Ring ist Martin



Mit der Ehrennadel ausgezeichnet: Martin Langer rechts neben dem Ministerpräsidenten (Mitte)

Langer aktiv. Sowohl in der AG Seniorensicherheit des Landesseniorenbeirats als auch in der AG Seniorensicherheit des Landesrats für Kriminalitätsvorbeu-

gung im Innenministerium engagiert er sich, damit durch Prävention immer weniger Senioren Opfer von Straftaten werden. Zahlreiche in den zurückliegenden Jahren erarbeitete Ratgeber, die auch seine Handschrift tragen, klären ältere Menschen auf, wie man sich vor kriminellen Machenschaften schützen kann. Wir danken Martin Langer für sein großes Engagement und wünschen ihm weiterhin viel Erfolg bei seiner präventiven Arbeit bzw. der Betreuung von Opfern von Straftaten.

Bernd Rosenheinrich Leiter der AG Seniorensicherheit

### **LANDKREIS ROSTOCK**

#### Sensibles Thema Armut auch in unserer Region

Gegenwärtig befasst sich der Vorstand des Seniorenbeirats der Stadt Krakow am See mit sehr nachhaltigen Themen; die neue "Feierhalle", die dringend notwendige "Anlaufstelle" (Bürgerbüro) für alle Generationen sowie Aspekte der Armut. Begrüßt wurde, dass der Sozialausschuss den Ehrenvorsitzenden des Beirats einlud, zum Thema Armut und Anlaufstelle dessen Standpunkt darzulegen. Diese Beratung hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, das sehr sensible Thema der Armut auch in unserer Region zu beraten, um Schlussfolgerungen zu ziehen. Im Ergebnis der gemeinsamen Beratung schlug der Seniorenbeirat vor, einmal jährlich eine solche Beratung durchzuführen. Auch wurde herausgearbeitet, dass die Anlaufstelle (Bürgerbüro) auf Amtsebene geschaffen werden sollte.

Im Februar präsentierte auf der Beiratssitzung die Leiterin der Großküche der Volkssolidarität in Bossow, Frau Heike Streck, das große Serviceangebot, wofür sich der Seniorenbeirat in einem Brief auf das Herzlichste bedankte. Ebenfalls informierte der Ehrenvorsitzende über die aktuelle Krisensituation in Europa und deren Auswirkungen in Deutschland sowie zum Armutsthema. Erfreulich war, dass auf dieser Sitzung ein weiteres Mitglied aufgenommen werden konnte und somit 55 Mitglieder registriert sind.

Auf der Stadtvertretung im Februar hielt die Vorsitzende des Seniorenbeirats, Sitah Eisel, ihren Jahresbericht. Sie zog eine positive Bilanz und machte auf



Besuch in der "Villa Martha" am Tag der offenen Tür. V.l.n.r.: Stephan Schmidt, Jürgen Poleratzki & Jana Schmidt-Düsterhöft

bedeutende Schwerpunkte und Aufgaben mit Blick auf die Stadtvertretung und deren Ausschüsse aufmerksam. Nur in gemeinsamer Arbeit wird es gelingen, die hohen Anforderungen an unsere seniorenfreundliche Stadt zu erfüllen.Im Februar fand außerdem eine gemeinsame Beratung des Wirtschaftsund Bauausschusses mit dem Seniorenbeirat statt. Hier ging es um die neu zu bauende Feierhalle.

Im März lud Jana Schmidt-Düsterhöft, die Inhaberin von "Villa Martha", den Beirat ein und stellte ihre Mitarbeiter vor. In Gruppen wurden die Räumlichkeiten der Tagespflege und die Wohnräume für betreutes Wohnen besichtigt. Detaillierte Gespräche rundeten den Nachmittag ab. Die Mitglieder des Seniorenbeirats wollen durch zahlreiche Gespräche mit Anderen mithelfen, dass die Tagespflege in Kürze Gäste bekommt. Pflegebedürftigen stehen, darauf sei hingewiesen, extra Leistungen für die Tages- und Nachtpflege zur Verfügung; sie verfallen, wenn sie nicht ge-

nutzt werden. Weitere Informationen: per Telefon unter 038457-501 182 oder persönlich am Bahnhofsplatz 10.

Anfang April führte der Vorstand eine "Dialogveranstaltung" mit den Fraktionsvorsitzenden der demokratisch gewählten Parteien, Stadtvertretern, Mitgliedern beider Kirchengemeinden sowie der Arbeitsgruppe "Seniorenfreundliche Stadt" durch. Als aktuelle Themen standen im Mittelpunkt

- die Festigung der Demokratie heute und in Zukunft
- die dringende Schaffung von seniorengerechtem Wohnraum
- die Schaffung eines guten Wohnumfelds in den Wohngebieten
- die Schaffung eines Projekts Anlaufstellen für ältere Menschen im Amtsbereich und
- die mehr als dringende Planung der Trauerhalle auf dem kirchlichen Friedhof.

Bei allen Dialogthemen gab es völlige Übereinstimmung. Deutlich wurde, dass Gemeinsamkeiten nur möglich sind, wenn Parteipolitik außen vor bleibt.

Auf einer Vorstandssitzung Mitte des Monats machte der Aufsichtsratsvorsitzende der Wohnungsgesellschaft WoKra, Schlesinger, umfassende Ausführungen zum demografischen Wandel und seinen Auswirkungen auf den Bereich Wohnen und Wohnumfeld. Daraus ergaben sich für den Seniorenbeirat Vorschläge und Handlungsempfehlungen für die Stadtvertretung.

Jürgen Poleratzki Ehrenvorsitzender des Seniorenbeirats

#### Zirkeltraining bringt mehr Bewegungsfreude

Ein modernes Zirkeltraining wird zurzeit im Tessinum, einem Therapiezentrum für Altersmedizin, erprobt. Das innovative Projekt wird vom Wirtschaftsministerium unterstützt. Die geriatrische Rehaklinik ist unter dem Dach des Tessinums gemeinsam mit dem Pflege- und

Betreuungszentrum und der ambulanten Alten- und Krankenpflege Bestandteil des Behandlungszentrums Tessin. Dazu gehören außerdem Betreutes Wohnen und eine ambulante Physiound Ergotherapie.

"Mit dem Investitionsvorhaben ist der

Ausbau des Therapiekonzepts der geriatrischen Rehaklinik geplant, wobei die vorhandene Ausstattung an neue wissenschaftliche Entwicklungen der Rehabilitationsforschung angepasst wird",

Fortsetzung auf Seite 30

sagte Wirtschaftsminister Harry Glawe. "Es wurde ein kombiniertes Kraftund Ausdauerzirkeltraining mit altersgerechten Geräten aufgebaut, das sich gegenwärtig in einer Testphase befindet. Zusätzlich ist ein computergestütztes Therapieplanungssystem installiert worden, mit dem der laufende Betrieb und die Trainingsabläufe optimiert werden sollen. Das Tessiner Modell ist wegweisend für ein aktives Betreuungskonzept für Senioren."

Die Chefärztin des Tessinums und Neurologin Dr. Antje Kloth betonte: "Schon im Probebetrieb ist die Begeisterung für die neuen Sportgeräte und Bewegungsmöglichkeiten groß und die Behandlungszufriedenheit steig. Alle Geräte sind angeschafft und werden gerade von unseren Patienten hochmotiviert auf ihre Praxistauglichkeit geprüft. Dabei handelt es sich um sportliche Einrichtungen, die speziell an unsere Nutzer mit einem Durchschnittsalter von 82 Jahren angepasst sind. Da geht es um niedrige Einstiegshöhen, sichere Sitzund Standflächen, eine einfache Handhabung und die Vermeidung von Verletzungsrisiken."

Nach Anpassung der räumlichen Bedingungen wurden ein Kraftzirkel, ein Ausdauerzirkel, ein Gleichgewichts- und Balancezirkel zur Sturzprävention sowie ein Armzirkel für die Schwerpunktbehandlung nach einem Schlaganfall sowie ein Entspannungsraum eingerichtet. Alle Sportgeräte mit Gewichtswiderständen können aufgrund ihres hydraulischen Kraftentfaltungsprinzips



Kerstin Trommer und Christel Schoeps (links) sind vom neuen Sitzcrosstrainer begeistert. Therapeutin Josephine Schmidt leitet die ersten Zirkelgruppen an und hilft Heinz-Dieter Worbs beim individuellen Bewegungstraining auf dem Laufband.

gelenkschonend und je nach Stärke und Konstitution des Reha-Patienten eingesetzt werden. Äußerst beliebt sind die neuen Sitzcrosstrainer, mit denen auch Vitalparamenter, wie die Herzfrequenz und Puls, verfolgt werden können. Im Entspannungsraum mit Schallwellenmassage, Licht- und Aromatherapie findet die Einstimmung auf die sportliche Betätigung und sogleich auch die anschließende Ruhezeit statt.

"Auch wir betreten mit diesem Konzept Neuland und müssen die Abläufe und die gesundheitsfördernden Zirkelprogramme definieren", so die Chefärztin. Für die fachgerechte Betreuung geriatrischer Patienten ist ein weitaus höherer Personalaufwand im Vergleich zu jüngeren Menschen notwendig. Allerdings ist längst bewiesen, dass gezielte Sportangebote und insbesondere auch Krafttraining für ältere Patienten von großer Bedeutung und positiver Wirkung sind." Die zusätzlichen Therapieeffekte sollen nicht nur im Rahmen von Gruppen- und Zirkeltraining, sondern bei Bedarf auch im Einzeltraining genutzt werden. Die Arbeit in Therapiegruppen soll gleichzeitig dazu beitragen, die Freude an der gemeinsamen Bewegung und sozialer Gemeinschaft zu fördern. Die Integration des computergestützten Therapieplanungsprogramms ermöglicht eine effektivere Abstimmung der Therapeuten, Räumlichkeiten und Geräteauslastung. Das Wirtschaftsministerium fördert das Therapiekonzept aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von 100.000 Euro. Insgesamt beläuft sich das Investitionsvolumen auf 150.000 Euro. "Es ist wichtig, dass in einer älter werdenden Gesellschaft noch mehr Angebote auf die Bedürfnisse von Senioren zugeschnitten werden", sagte Minister Glawe. "Das sportliche Konzept ist ein hervorragendes Beispiel hierfür. Der Teilnehmer verbessert durch Übungen den eigenen Körper und Geist; Erfolge werden in Gruppen gemeinsam erlebt. Das sind auch Maßnahmen für ein längeres selbstbestimmtes Leben."

Das Pflege- und Betreuungszentrum Tessinum wurde vor 22 Jahren und die Geriatrische Rehaklinik mit 70 Betten vor 18 Jahren eröffnet. In der Rehaklinik werden vor allem ältere Patienten nach einer schweren Erkrankung oder einer größeren Operation wieder auf ein weitestgehend selbstständiges Leben vorbereitet. Durchschnittlich drei Wochen verweilen die Patienten in der Rehaklinik. Seit Bestehen wurden hier bereits 16.600 Patienten betreut, im vergangenen Jahr 1.069 Senioren. Im Großraum Rostock stellt das Tessinum mit insgesamt 270 Mitarbeitern ein wichtiges Zentrum der modernen Altersmedizin dar.

### **LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN**

#### **Besuch im Vitanas Senioren Centrum**

Die 7. öffentliche Sitzung des Senioren renbeirats fand im Vitanas Senioren Centrum im Casino statt, um Einblicke in den Alltag der Bewohner und Mitarbeiter zu gewinnen. Das Casino, vielen Schwerinern noch als Tanzbar bekannt, ist heute integriert in das Senioren Centrum Vitanas. Das Seniorenheim feiert in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen. Derzeit verfügt es über 140 Pflegeplätze und fünf Plätze in der Kurzzeitpflege. Die Anzahl der

betreuten Personen mit ersten Anzeichen von Demenz liegt bei 50 Prozent, mit steigender Tendenz.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand der Vortrag "Geriatrie" durch Dr. med. Michael Lerch. Seit zweieinhalb Jahren

arbeitet er auf diesem Gebiet in der Helios-Klinik und wünscht sich einen engen Kontakt mit dem Seniorenbeirat, dem Behindertenbeirat und dem Pflegestützpunkt.

In der Geriatrie arbeitet man nach dem Motto "Manchmal ist weniger mehr" – Weniger Tabletten und die ganzheitliche Betrachtung des Menschen. Die Behandlung erfolgt stets im Team, mit Ergo- und Physiotherapeuten, Physiotherapie, Logopäden, sowie Seelsorgern und psychologischer Betreuung. Das Krankenhaus soll keine Wellnessoase, sondern Trainingslager für ein



Sitzung des Seniorenbeirats im Vitanas

selbstständiges Leben zu Hause sein. 2017 soll nach langer Planung und Vorbereitung die Geriatrie-Tagesklinik eröffnet werden. Für weitere Auskünfte kann der Kontakt zu Dr. Lerch jederzeit aufgenommen werden.

Für den 29. September ist ein Besuch im Bundessozialministerium auf Einladung der Ministerin Manuela Schwesig vorgesehen. Er soll dazu dienen, die Sorgen, Nöte und Vorschläge der Senioren deutlich zu machen. Um die Bekanntheit der Seniorentreffs zu verbessern, soll mehr Werbung, beispielsweise durch ein Faltblatt, gemacht werden. Ein weiteres Ziel des Seniorenbeirats ist die Schaffung oder Reaktivierung eines weiteren Mehrgenerationenhauses.

Walter Heinrich

#### Zwanzig Jahre besteht das "Haus der Begegnung"

Auf zwei Seiten gibt der Landesseniorenbeirat e. V. seine Visitenkarte in der umfangreichen, 102 Seiten umfassenden großformatigen Chronik zum zwanzigjährigen Bestehen des Hauses der Begegnung Schwerin ab. Er ist einer von 22 Vereinen, Verbänden und gemeinnützigen Gesellschaften, die hier unter einem Dach "konsequent und innovativ Synergien nutzen und ihre Kräfte für sozial benachteiligte Menschen bündeln", wie der 1. Vorsitzende des Vereins "Haus der Begegnung e. V., Armin Blumtritt, in seinem Vorwort betont. Man erhalte hier nicht nur Rat und Hilfe, sondern finde auch einen Ort der Kommunikation und des geselligen Beisammenseins.

Mit einer Festwoche, an dem auch Ministerpräsident Erwin Sellering, Dr. Rosemarie Wilcken, Kuratoriumsvorsitzende der Ehrenamtsstiftung MV und frühere langjährige Oberbürgermeisterin der Hansestadt Wismar, sowie der Vorsitzende der Volkssolidarität

und ehemalige Schweriner Baudezernent Wolfgang Friedersdorff teilnahmen, beging das 1996 gegründete "Haus der Begegnung" sein Jubiläum. Es ist längst "fester Bestandteil der sozialen Infrastruktur" in der Landeshauptstadt geworden "und erfährt nicht nur die städtische, sondern auch eine regionale und, spätestens seit der Schweriner Bundesgartenschau 2009, auch eine überregionale Anerkennung", so Blumtritt.

Am ersten Tag der Jubiläumswoche stellte sich der Kommunikations- und Kreativtreff des Vereins vor. Im Mittelpunkt stand eine Gesprächsrunde zur "Sicherheit im Alter" mit der Polizeidirektion Schwerin, bei dem Otmar Kunau vom Seniorenbeirat meinte: "Die gefühlte Sicherheit hat nachgelassen; die Respektsperson Polizist gibt es nicht mehr." Forderungen nach härteren Strafen für Kleinkriminelle und Minderjährige seien angebracht.

Neben dem "Tag der offenen Tür" fand

die Veranstaltung zum Ehrenamt mit Blick auf das Zusammenwirken von Ehrenamt und professioneller Sozialarbeit große Aufmerksamkeit. Verdienstvolle Mitarbeiter wurden mit der Ehrenurkunde des Vereins ausgezeichnet, darunter der Schweriner Seniorenbeiratsvorsitzende Siegfried Schwinn (74), vorgeschlagen vom Sozialverband VdK. Der aus Stralsund gebürtige einstige Leiter von Hotels und Gaststätten führt seit 2004 die Ortsgruppe Schwerin des VdK.

Während des Empfangs zum Abschluss der Festwoche erhielten Bundesministerin Manuela Schwesig und Schwerins Stadtpräsident Stephan Nolte die Ehrenmitgliedschaft. Seit 1998 bis 2012 vergab der Verein "Haus der Begegnung" außerdem einen Medienpreis für Journalisten, die sich durch besonderes soziales Engagement auszeichnen. Zu ihnen gehört auch der Redakteur des Seniorenkuriers, Dieter W. Angrick (2012).

#### Begleiter durch den Alltag

Nach zwei Jahren Pause ist der Ratgeber für Senioren und Angehörige "Älter werden in Schwerin" aktualisiert herausgegeben worden. Er bietet auf 60 Seiten wertvolle Informationen und Empfehlungen u. a. zum Wohnen im Alter, zum Pflegestützpunkt und zu ambulanten

Pflegediensten, zum Leben im Altenpflegeheim, zum Betreuungsrecht und zur Sterbebegleitung. Prävention und Opferhilfe vervollständigen das Spektrum. Im Leitbild "Schwerin 2020" habe sich die Stadt zum Ziel gesetzt, "Barrieren jeglicher Art abzubauen und ehrenamtliches Engagement zu stärken", betont Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow in ihrem Geleitwort, und Siegfried Schwinn, Vorsitzender des Seniorenbeirats, hebt hervor: "Der Wegweiser soll ein praktischer Begleiter durch den Lebensalltag sein."

### LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

#### Appell des Seniorenbeirats Neubrandenburg

26 Jahre nach der deutschen Einheit ist die soziale Einheit immer noch nicht vollzogen. Der Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg appelliert deshalb an alle Abgeordneten des Bundestages, des Landtages M-V und des Kreistages, die Initiative der ostdeutschen Länder zu einem einheitlichen Rentenwert in Deutschland und damit der Ost-West-Rentenangleichung, 26 Jahre nach der deutschen Einheit, zu unterstützen. Eine dementsprechende Erklärung haben die Regierungschefs der ostdeutschen Länder bei ihrem Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel am 13. April abgegeben.

Wir wissen, dass im gesamten Bundesgebiet unterschiedliche Löhne und Lebensunterhaltungskosten existieren. Trotzdem haben die Rentner in Schleswig-Holstein den gleichen Rentenwert wie z.B. in Baden-Württemberg, Hessen oder Bayern. Nur wir Ostdeutschen werden anders – auf jeden Fall schlechter – bewertet. Diese Ungerechtigkeit ist nicht mehr zu verste-

hen. Die Ungleichbehandlung der Lebensleistung muss beendet werden. Die Resolution, welche auf dem 9. Altenparlament M-V am 16. März 2016 verabschiedet wurde, führt dazu aus: "Eine Lösung ist zwingend notwendig, weil die gesetzliche Rente für ca. 90 Prozent aller Rentner unseres Landes laut Forschungsbericht der AWO die einzige Einkommensquelle ist. Wir erwarten eine Rentenangleichung, die auch die Probleme der rentennahen Jahrgänge und die der jüngeren Generation berücksichtigt. Deshalb darf bei einer Angleichung die Höherbewertung der Ost-Arbeitsentgelte auf den Bundesdurchschnitt nicht angetastet werden." Dies findet unsere volle Unterstützung.

Das Anliegen unseres Ministerpräsidenten Erwin Sellering, wie zum 9. Altenparlament in Schwerin dargelegt, eine schnelle Angleichung der Renten zu gewährleisten und damit auch ein einheitliches Rentensystem zu schaffen, unterstützen wir und erwarten

das ebenfalls von den durch uns gewählten Vertretern im Kreis- und im Landtag.

Der Seniorenbeirat Neubrandenburg

Beim Treffen der ostdeutschen Regierungschefs mit Angela Merkel ließ die Bundeskanzlerin offen, ob es noch bis zur nächsten Bundestagswahl 2017 ein entsprechendes Gesetz zur Rentenangleichung geben werde. Auch bei der Forderung nach einer vorgezogenen Rentenangleichung solle erst das Ergebnis eines Berichts aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Sommer abgewartet werden. Ministerpräsident Erwin Sellering hatte zuvor betont, das bisherige Aufholtempo sei wegen der fortwährenden Lohnspreizung zu langsam. Das ostdeutsche Rentenniveau müsse bis 2019 spürbar angehoben werden. Es erreiche derzeit erst 92,6 Prozent und müsste 2017 auf etwa 96 Prozent steigen, um die letzte Anpassung im Rahmen halten zu können.

#### Hier ist Licht ins Dunkle gebracht worden

Die Sitzung des Neubrandenburger Seniorenbeirats im April stand unter dem Thema "Was unterscheidet Wellness von Wellnepp?" Die Vorträge von Prof. Dr. Helmut G. Pratzel und Stefan Blank "brachten Licht ins Dunkle", teilt der Seniorenbeirat in seinem Info-Blatt mit. Das Wort setze sich aus den englischen Begriffen "Wellbeing" und "Fitness" zusammen – wohl sein und leistungsfähig, fit sein. Was in den Wellness-Stu-

dios angeboten werde, entspreche oft nicht dem Anspruch der Definition und müsste eigentlich als "Wellnepp" bezeichnet werden, wenn etwas Unseriöses unter dem Namen "Wellness" angeboten werde, meinten die Vortragenden. "Wellnepp" ist ein Produkt der freien Marktwirtschaft, wobei für viel Geld den Kunden unnütze Behandlungen als Mogelpackung angeboten werden. "Es gibt keine Möglichkeit, in

Deutschland dies zu verbieten; allein der Kunde entscheidet, ob er sich dies bieten lässt."

Wellness solle Gesundheit und Wohlbefinden im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes fördern und diene der psychischen und physischen Balance. "Damit leisten professionelle Wellness-Angebote einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Gesundheitsförderung und Prävention."

#### Zum zweiten Mal gründete sich ein Seniorenbeirat

In der ehemaligen Kreisstadt Malchin im heutigen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte wurde am 22. Oktober 2015 nach längerer und intensiver Vorbereitung ein neuer, der zweite Seniorenbeirat gegründet. Der erste wurde 1992 ins Leben gerufen und von Werner Völker und ab 1997 bis 2002 von Werner Schöttler geführt. Neun Mitglieder gehörten dem Vorstand an. Dann löste er sich auf. In der Zeit des Bürgermeisterwahlkampfes 2015 wur-

de immer öfter der Wunsch geäußert, eine Interessenvertretung der älteren Einwohner zu schaffen und zu wählen. Sehr engagiert brachte sich der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für Jugend, Senioren und Soziales, Andreas Teggetz von der Fraktion Unabhängige Malchiner Bürgerbewegung, ein. Gemeinsam mit Stadtrat Theo Feldmann wurden die verschiedenen Seniorengruppen der rund 8000 Einwohner zählenden Stadt in das Museum in die Stadtmühle eingeladen. Nach einer gründlichen Analyse der Seniorenarbeit und einer sehr konstruktiven Aussprache kam es spontan zur Seniorenbeiratsbildung.

Der damals 60-jährige Rentner Klaus Eutin, ehemaliger Krankenpfleger im städtischen Krankenhaus, wurde als Vorsitzender und die 63-jährige Rentnerin Bärbel Feger, ehemalige Erzieherin, jetzige Stadtvertreterin und 2. Stellvertreterin des Bürgervorstehers, zu seiner Stellvertreterin gewählt. Zur Mitarbeit im Vorstand erklärten sich Anita Beckmann, Roswitha Körner, Ute Krolzig, Ilse Missal, Ilona Tessin und Henry Weber (Schriftführer) bereit.

Bärbel Feger teilte mit, dass – in Abspra-



Die Malchower Senioren im Rathaus von Malchin. Foto: Rottenau

che mit der Malchiner Wohnungsgesellschaft – vereinbart wurde, dass die Seniorinnen und Senioren jeden zweiten Freitag im Monat die Kinoveranstaltung zum ermäßigten Eintrittspreis besuchen könnten. Außerdem nahmen der Vorsitzende sowie die beiden Vorstandmitglieder Bärbel Feger und Karin Hertel an einem Treffen und Erfahrungsaustausch mit dem Seniorenbeirat der Stadt Teterow teil, um Erfahrungen für die weitere eigene Arbeit zu sammeln. Bärbel Feger stellte sich außerdem als Gesprächspartnerin für den Besuch einer siebenköpfigen BRH-Seniorengruppe aus Malchow im Malchiner Rathaus mit seinen seltenen 72 Zunftzeichen zur Verfügung. Sie erhielt viel Lob für ihre Informationen, die sie als Stadtvertreterin und Seniorenbeiratsmitglied gab. Henry Weber und Klaus Eutin nahmen an der 13. gemeinsamen Mitgliederversammlung des Kreisseniorenbeirats Mecklenburgische Seenplatte in Törpin teil und legten ihre bisherigen Aktivitäten in der fünfmonatigen Arbeit des Seniorenbeirats dar.

Erich Rottenau

Vorsitzender des Seniorenbeirats Malchow und Mitglied des Kreisseniorenbeirats

#### Törpiner Bürgerbus in den BAGSO-Nachrichten

Prof. Dr. med. habil. Dr. rer. nat. Helmut G. Pratzel (81) zog vor 16 Jahren aus München in ein kleines Dorf im Demminer Umland und gründete dort den Verein "Törpiner Forum e. V.". Er leitet ehrenamtlich mehrere Vereine und ist Vorsitzender des Kreisseniorenbeirats im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Für die *BAGSO-Nachrichten*, das Magazin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen,

Nr. 2/2016 berichtet er in einem Beitrag über den Bürgerbus des Törpiner Forums als ein "bedarfsgerechtes Transportmittel der Zukunft im ländlichen Raum". Seit vier Jahren ist er als private, nicht öffentliche Fahrgemeinschaft ein "Erfolgsprojekt des Vereins und Bindeglied im Netz durch Anbindung an den ÖPNV, an die Bahn und an den Schulbus. Er fährt auf Bestellung zum Arzt und zu Abendveranstaltungen. Er fi-

nanziert sich durch Spenden der Nutzer und Verträge mit Eltern für regelmäßige Fahrten von Schulkindern, die mit dem ÖPNV nicht erreicht werden und für die sich öffentliche Personentransportunternehmen nicht zur Verfügung stellen".

Prof. Pratzel kommt zu dem Schluss: "Zukünftig müssen immer mehr Gemeinschaftsaufgaben durch aktive Bürger selbst organisiert werden."

### HANSESTADT ROSTOCK

#### Für einander da sein in Lichtenhagen

Vier Partner haben sich darüber Gedanken gemacht, wie das Leben im Alter im unmittelbaren Lebensumfeld noch lebenswerter sein kann, wenn man die Möglichkeiten vor Ort nutzt und verschiedene Partner mit einbezieht. Ein gemeinsamer Nenner war schnell gefunden: gesunde Lebensführung, Mobilität, gesellschaftliche

Teilhabe und ein attraktives Lebensumfeld. Das Projekt wird unterstützt von der Robert-Bosch-Stiftung, dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Kolping Begegnungszentrum Lichtenhagen.

Der Seniorenbeirat der Hansestadt, das Gesundheitsamt, die Rostocker Straßenbahn AG und der Landesturnverband M-V e.V. luden Seniorinnen und Senioren zu vier unterschiedlichen Veranstaltungen in den Stadtteil Lichtenhagen ein. Vertreter aus den Stadtteilen Schmarl, Groß Klein, Warnemünde, Evershagen, Lütten-Klein und Lichtenhagen folgten der persön-

Fortsetzung auf Seite 34

lichen Einladung der Projektgruppe und wurden nicht enttäuscht.

35 Seniorinnen und Senioren besuchten die Eröffnungsveranstaltung am 6. April im "Nordlicht". Mit großem Interesse verfolgten sie die Ausführungen von Franz Stepanek über 40 Jahre Stadtteilgeschichte Lichtenhagen, die von einer Arbeitsgruppe aufgeschrieben wurde und in Kürze veröffentlicht wird. Der Plattdeutsche Verein die "Rostocker 7" rundete musikalisch den Nachmittag ab, dazu gab es Sketche und eine Kaffeetafel. Knapp 40 Prozent der Bevölkerung im Nordwesten Rostocks ist 60 Jahre und älter. Die meisten möchten in ihrem angestammten Umfeld bleiben. In allen Stadtteilen gibt es, dank der vorhandenen Begegnungszentren, eine Vielzahl von Angeboten. Hinterfragt man, wer die Angebote nutzt, kommt man sehr schnell darauf, dass dies die akti-



Viel Interesse fand die Ausstellung über das Leben im Alter.

ven und gut vernetzten Seniorinnen und Senioren der Stadt sind.

Anliegen des Projekts ist es, nach Möglichkeiten zu suchen, wie auch ältere Menschen erreicht werden können, die noch nicht so aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Die Kinder wohnen in anderen Bundesländern und das soziale Netzwerk

wird aufgrund des gestiegenen Alters immer kleiner. Für die vier Veranstaltungen war es gelungen, aktive Paten aus den Stadtteilen zu finden, die zurückhaltende Nachbarn und Bekannte motivierten. Seniorenansprechpartner der verschiedenen Stadtteile nahmen ebenfalls an den Veranstaltungen teil und bereicherten die Nachmittage mit ihren interessanten Angeboten. Dadurch wurde ein nahtloses Anknüpfen an weitere Aktivitäten ermöglicht und zugleich ergaben sich neue Bezugspersonen.

Weitere Themen waren: "Bewegt und sturzfrei in den Alltag" mit musikalischer Bewegung sowie "Mobilität und Verkehrssicherheit im Nahverkehr" – Rollatortrainig, gepaart mit Gehhilfen. Geplant ist eine weitere Veranstaltungsreihe im Herbst im Nordosten der Hansestadt.

Monika Schmidt Vorstandsmitglied des Landesseniorenbeirats

#### Senioreninformationstag für die Südstadt und Biestow

Für die Südstadt und für Biestow gab es Mitte Mai den 3. Senioreninformationstag im Stadtteil- und Begegnungszentrum "Heizhaus" in der Tychsenstraße, eröffnet von Erika Drecoll vom Rostocker Seniorenbeirat. Themen, die für ein selbstbestimmtes Leben im Alter von besonderer Bedeutung sind, standen im Mittelpunkt. Stände und Mitmachangebote vermittelten Informationen zu Fragen der Gesundheit, der Mobilität, des Engagements und der Hilfe im Alter. Ein plattdeutsches Kulturprogramm und ein Kuchenbasar luden zudem zum gemütlichen Beisammensein ein. Unterstützt wurde dieser Tag u. a. durch den Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock, den Rostocker Präventionsrat, den Pflegestützpunkt und das Stadtteil- und Begegnungszentrum in Kooperation mit dem Förderverein Gemeindepsychiatrie e. V. Die Seniorenbefragung in der Süd-

Die Seniorenbefragung in der Südstadt und Biestow aus dem Jahr 2014 hat gezeigt, dass das Thema "Länger



Der Rostocker Pflegestützpunkt beteiligte sich ebenfalls am Senioreninformationstag.

und sicher wohnen im eigenen Zuhause" für viele Menschen von besonderer Bedeutung ist. Die Frage, wie man länger und sicher in der eigenen Häuslichkeit leben kann, ist von unterschiedlichen Faktoren abhängig. Welche zusätzlichen Betreuungsleistungen und hauswirtschaftliche Hilfen eignen sich? Gibt es technische Hilfsmittel, die für mehr Sicherheit im Haushalt sorgen? Wie können Nachbarschaftshilfe und Wohnpartnerschaften das Alltagsleben unterstützen? Welche Freizeitangebote und Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements stehen vor Ort zur Verfügung und was kann die Politik dazu beitragen, dass Seniorinnen und Senioren länger und sicher im vertrauten Wohnumfeld leben können? Zu den verschiedenen Fragestellungen gaben Experten im Rahmen einer Podiumsdiskussion nützliche Hinweise und beantworteten Fragen.

Die Initiative für die neue Veranstaltungsreihe geht auf das vom Förderverein Gemeindepsychiatrie getragene Modellprojekt "Länger leben im Quartier" zurück, das im Frühjahr 2014 startete und an dem sich neben der Hansestadt Rostock eine Reihe von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen beteiligen.

Petra Kirsten

### LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

#### Dritte Seniorenkonferenz in Grevesmühlen

Die Unterstützung der älteren Menschen und ihrer Anliegen in Nordwestmecklenburg - das betonte Landrätin Kerstin Weiss in ihrem Grußwort zur Eröffnung der 3. Seniorenkonferenz in Grevesmühlen. Die Mitglieder des Kreisseniorenbeirats bündeln die Themen in ganz Nordwestmecklenburg und setzen sie auf die Tagesordnung. Gerade das Betreuungsrecht, das nach der Meinung vieler Menschen angepasst werden müsse, war ein interessanter Gesprächsstoff. Betreuer werden auch im Nordwesten unseres Bundeslandes von Gerichten und Behörden gesucht. Oft seien die Kinder der Arbeit hinterher gezogen und lebten weit weg – aber wer kümmert sich um die zurückgebliebenen Eltern? Diese Angst beschäftige viele Menschen. Dieses bundespolitische Anliegen betrifft zahlreiche Bürger in den Städten und Kommunen.

Um viele Senioren zu erreichen, haben wir Kontakt zu den anderen Kreisseniorenbeiräten aufgenommen und um Unterstützung gebeten. Eng arbeiten wir mit den Pflegestützpunkten zusammen. Ein ergänzender, deutlich sichtbarer Hinweis zum speziellen Wirken eines Pflegestützpunktes wäre angebracht; er würde manche Unsicher-

heit bei den Seniorinnen und Senioren beseitigen – immer wieder stellen wir diese Frage. Es sind eben die kleinen Dinge, die zu lösen es so schwer zu sein scheint.

Irene Rohde stellte die Arbeit mit den Angehörigen von Demenzkranken vor. Sie wies auf die schwere Aufgabe eines pflegenden Angehörigen hin und wurde gefragt, wie man Unterstützung bekommen könne. Auf der Tagesordnung des Kreisseniorenbeirats im Oktober steht der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) auf der Tagesordnung.

Karin Lechner Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats

#### Partner des Behindertenbeirats im Landkreis

Im April fand in den Räumen der Hochschule in Wismar eine erweiterte Mitgliederversammlung des Beirats der Menschen mit Behinderung Nordwestmecklenburg statt. Der Kreisseniorenbeirat ist ein Partner dieses Beirats, denn in vielen Punkten haben wir gleiche Schnittstellen. Landrätin Kerstin Weiss erläuterte den Stand zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in unserem Landkreis. Es ist sehr viel zu tun, gerade im barrierearmen Lebensumfeld sowie im Wohnungsbau, auch im barrierefreien Nahverkehr. Wichtig ist es, dass sich der



Mitgliederversammlung des Behindertenbeirats Nordwestmecklenburg

Landkreis dieser Sache angenommen hat. Die Behindertenbeauftragte der Hochschule hat eine Arbeitsgruppe mit Studentinnen und Studenten gebildet. Zusammen mit den beiden Beiräten und der Verwaltung in Nordwestmecklenburg arbeitet sie, um gemeinsam Lösungsansätze zu finden. Den Europäischen Aktionstag der Menschen mit Behinderung haben wir im Landkreis auf den Flächen der Hochschule in Wismar mit einem bunten Programm und studentischen Kurzvorträgen durchgeführt.

Karin Lechner

#### Forum in Nisbill ist traditionell und unverzichtbar

Derzeit (seit 26. April bis 22. Juni) finden die 12. Wochen der Gemeindepsychiatrie in der Hansestadt Wismar und im Landkreis Nordwestmecklenburg statt. Sie stehen unter dem Leitthema "Rechtliche Aspekte unter besonderer Berücksichtigung des höheren Lebensalters und der psychischen Erkrankungen". Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern steigt

kontinuierlich an und wird in nächster Zukunft das höchste im gesamten Bundesgebiet sein. Dabei wird nach der Prognose des Statistischen Landesamts M-V bis 2020 die Zahl der "jungen Alten" (65 bis 75 Jahre) zwar verhältnismäßig gering zunehmen, hingegen die Zahl der "alten Alten" (ab 75 Jahre) und besonders die der Hochaltrigen (ab 80) sich fast verdoppeln. "Solange es Menschen mit psy-

chischer Erkrankung, Demenz- und Abhängigkeitserkrankungen gibt, sind diese Wochen notwendig für unsere Region", betont die Schirmherrin und Landrätin Kerstin Weiss. Eine der wichtigsten Herausforderungen bestehe darin, "aufeinander zuzugehen" und die gesellschaftliche Ausgrenzung dieser Menschen zu vermeiden.

Fortsetzung auf Seite 36

Einen traditionellen Platz nimmt das Gerontopsychiatrische Forum ein, das (nach Redaktionsschluss) im "Haus am Bibowsee" in Nisbill stattfand. In der Moderation von Dr. Bernd Sponheim, Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik am Sana Hanse-Klinikum Wismar,

werteten der Wismarer Notar Martin Arnold Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung aus notarieller Sicht und Burghard Bellmann, Richter am Amtsgericht der Hansestadt, die amtliche Betreuung aus der Sicht eines Vormundschaftsrichters.

Prof. Dr. Jacqueline Höppner, stellvertretende Direktorin der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Zentrum für Nervenheilkunde der Universitätsmedizin Rostock schilderte die amtliche Betreuung aus der Sicht des Facharztes, und die Aufgaben der Betreuungsbehörde erläuterte für den Kreis Nordwestmecklenburg dessen Sachbearbeiter Helmut Vaßmer. Es schloss sich eine angeregte Podiumsdiskussion an.

ric

#### Gerontopsychiatrische Arbeitsgruppe Nordwestmecklenburg

Die Pflegesozialplanung ist nicht als einmaliges Verfahren gedacht, sondern soll kontinuierlich weitergeführt werden und auf die veränderten Gegebenheiten abgestimmt werden. Federführend in der Arbeitsgruppe sind Herr Dr. Bernd Sponheim und der Fachdienst Soziales von der Verwaltung des Landkrieses. Weitere Mitglieder sind die AOK, der Pflegestützpunkt, ambulante Pflegedienste, ein Stationsarzt, das Gesundheits-

amt, die Behindertenbeauftragte und Karin Lechner vom Kreisseniorenbeirat

Spezifische Probleme werden zunehmen, das konnten wir in den Jahren feststellen: die Pflegebedürftigen werden älter, die Betroffenheit von Demenz wird zunehmen, die Potenziale der familiären Unterstützung werden abnehmen. Darauf müssen wir gemeinsam im ganzen Landkreis reagieren und Lösungswege suchen.

So müsste das Angebot der Tagesplätze erweitert werden, damit die Menschen so lange wie möglich in der Häuslichkeit verbleiben können. Es ist gut, dass in diesem Prozess ortskundige Personen sowie Vereine und Verbände mit einbezogen werden, um solche Maßnahmen zu empfehlen, die in optimaler Weise zu den lokalen Besonderheiten passen.

Karin Lechner

#### Glückwunsch zum Neunzigsten

Das Gründungsmitglied des Seniorenbeirats der Stadt Wismar Ingeborg Michaelsen feierte ihren 90. Geburtstag. Die Mitglieder des Seniorenbeirats bedankten sich für die jahrelange ehrenamtliche Tätigkeit. Ihr Wissen und ihre Lebenserfahrungen haben mit dazu beigetragen, den Stellenwert des Seniorenbeirats in der Hansestadt zu festigen.



Von links:
Beate Wahland,
Dietrich Körner,
Ingeborg Michaelsen,
dahinter Karin Lechner,
Marianne Kubisch und
Lorelies Runge

### **LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM**

#### Ein neuer Wegweiser wurde vorgestellt

Am 30. März wurde im Kreistagssaal des Landkreises Ludwigslust-Parchim am Standort Ludwigslust das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Seniorinnen und Senioren weiter gestärkt. Auf Einladung des Büros für Chancengleichheit in Koope-

ration mit dem Kreisseniorenbeirat kamen zahlreiche Gäste aus der Landes- und Kommunalpolitik, der Metropolregion Hamburg, von Vereinen, Organisationen und Initiativen, Ämtern und Seniorenbeiräten aus dem Landkreis und darüber hinaus zusam-

men. Gemeinsam erlebten sie die beginnende Verteilung der Broschüre "Älterwerden im Landkreis Ludwigslust-Parchim" in zwei Variante: einem kompakten Druck im A-4-Format sowie dem Blätterkatalog auf der Landkreisseite im Internet.

"Älterwerden im Landkreis Ludwigslust-Parchim" sei eine sehr komplexe Herausforderung an das Bundesland, die Landkreise, Städte und Gemeinden, betonte Landrat Rolf Christiansen in seinem Grußwort. Es erfordere neue Denkweisen auf allen Ebenen und Aktivitäten bei den Anforderungen an Mobilität und Infrastrukturen im zweitgrößten Landkreis der Bundesrepublik. Dabei seien die Chancen, die sich aus der Zugehörigkeit zur Metropolregion Hamburg ergeben, bedarfsorientiert in den Mittel- und Grundzentren einzusetzen.

"Älter werden und sich jünger fühlen" war das Leitmotiv der Begrüßung von Ilona Mundt-Schalk als Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats. Seniorinnen und Senioren seien heute mobiler als noch vor einigen Jahrzehnten. Möglichkeiten der selbstbewussten aktiven Teilhabe der älteren Generation zeigen sich dabei vielfältiger.

Erleichtert und nicht ohne berechtigten Stolz gaben Heidrun Dräger, Leiterin des Büros für Chancengleichheit im Landkreis, und ihre Mitarbeiterin Anett Nuklies, Koordinatorin des Senioren- und Kriminalitätspräventionsrats, einen Überblick über die Entstehung des Wegweisers. Wichtig gewesen wären dabei Kriterien wie gute Lesbarkeit, einfache und verständliche Sprache sowie kurze und kompakte Informationen zu den einzelnen zwölf Themen gewesen. Dabei wurde bewusst auf alterstypische Werbung verzichtet. Die Finanzierung erfolgte im Rahmen des Leitprojekts "Demographie und Daseinsvorsorge" der Metropolregion Hamburg. Aus-



Für eine anregend-unterhaltsame Atmosphäre sorgte das Landespolizei-Orchester.

führender Projektträger war der Landkreis Ludwigslust-Parchim.

Simone Schmerer, ebenfalls Mitarbeiterin im Büro für Chancengleichheit, moderierte die Fachtagung und rief nach dem entspannenden Mittagsimbiss und einem Besuch der Aussteller im Foyer des Landratsamts den Tagesordnungspunkt "Enquete-Kommission" auf. Dazu begrüßte sie den Landtagsabgeordneten Jörg Heidorn. Als Vorsitzender der Kommission gab er in seinem Fachvortrag einen Überblick zum Zwischenbericht sowie Empfehlungen. Schwerpunkt seiner Darlegungen und Thema Nummer 1 übrigens nicht nur aus Sicht der Seniorinnen und Senioren, sondern auch bei der Jugend – war die Mobilität und die dafür notwendige Infrastruktur. Ein roter Faden zog sich durch alle Beiträge und Diskussionen rund um die Fachtagung: der demografische Wandel, denn hieraus resultiert keineswegs nur eine Aufgabe für heute und morgen, sondern auch spätere Generationen haben sich darauf einzustellen. Frau Schmerer dankte am Ende



Landrat Rolf Christiansen informiert sich bei den Austellern im Foyer.

des Fachtages dem Landespolizei-Orchester mit seinen beiden Solisten, die für den musikalischen Rahmen und für Entspannung sorgten, sowie den Ausstellern und Akteuren. Ein besonders herzlicher Dank ging an das Team des Büros für Chancengleichheit für die geleistete Arbeit, nicht nur in den zurückliegenden Wochen.

Nach offiziellem Tagungsende traf sich der Vorstand des Kreisseniorenbeirats zu einem kurzen Fazit: Es war eine gut organisierte, ausgewogene, dem Inhalt angemessene und würdige Veranstaltung. Der Wegweiser "Älterwerden im Landkreis Ludwigslust-Parchim" ist als Broschüre in Gemeinden, Ämtern und Städten sowie im Büro für Chancengleichheit beim Landkreis Ludwigslust-Parchim erhältlich. Im Internet steht unter www. kreis-lup.de/Leben im Landkreis ein Download-Link für den Blätterkatalog zur Verfügung.

Bernd Thieke 1. Stellvertretender Vorsitzender des Kreisseniorenbeirats Landkreis Ludwigslust-Parchim

#### Seniorenfreundliche Wohnform in Dobbertin

Der Informations- und Arbeitsbesuch des Kreisseniorenbeirats Ludwigslust-Parchim führte Ende April nach Dobbertin – Altes begegnete Neuem: Klosteranlage und Wohnprojekt "Dorf im Dorf". Treffpunkt war – bei Schmuddelwetter! – das Hotel und Gasthaus "Zwei Linden". 2010/2011 sei die Idee entstan-

den, eine seniorenfreundliche Wohnform für die Gemeinde mit ihren acht Ortsteilen und darüber hinaus zu finden – so begann der ehemalige Bürgermeister und quasi "Geburtshelfer" des Projekts Horst Tober mit seinen interessanten und umfangreichen Erläuterungen. Es wäre kein Spaziergang ge-

wesen, Finanzierung und Bauplanung reibungslos über die Bühne zu bringen. Eine Studie der Universität Rostock gab Wünsche und Anforderungen an ein solches Projekt als Rahmenbedingungen vor und war somit sehr hilfreich.

Bei einem Rundgang im bereits abgeschlossenen ersten Bauabschnitt und in dem "sich auf der Zielgerade" befindlichen zweiten wurde deutlich, dass enorme Anstrengungen für die Planung und Verwirklichung dieser Wohnanlage erforderlich gewesen waren. So wurde berücksichtigt, dass die neuen Mieter oft mehr Platz für PKW und Gerätschaften der Gartenpflege benötigen. Im Juli soll die komplette Siedlung fertig gestellt sein. Sie bietet nicht nur barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum in unterschiedlichen Wohnungsgrößen, sondern auch eine Einkaufs- und Hauslieferungsmöglichkeit benötigter Dinge des Alltags durch den "CAP-Markt Dobbertin". Das Geschäft befindet sich in unmittelbarer Nähe und lässt sich bei gutem Wetter auch zu Fuß erreichen.



Brigitte Rabeler vom Ortsverein Pinnow im Gespräch mit Horst Tober



Der Kreisseniorenbeirat in Dobbertin, ganz rechts Horst Tober Fotos: Monika Maria Degner

Am Nachmittag besichtigten die Beiratsmitglieder die einzigartige, als letzte komplett erhalten gebliebene Klosteranlage in Norddeutschland und den dazugehörigen Park. 2020 begeht das Kloster seinen 200. Geburtstag, erläuterte Horst Tober. Mit Stolz verwies er auf die zur Hälfte realisierte Restaurierung des Ensembles, das bisher etwa sechs Millionen Euro kostete, wobei noch einmal die gleiche Summe bis zur Fertigstellung im Jubiläumsjahr veranschlagt ist.

Im Anschluss an den Spaziergang begaben sich die Mitglieder in den Clubraum des Heimatvereins Dobbertin, um den Informationsaustausch weiterzuführen und aktuelle Themen zu besprechen. In den zurückliegenden Wochen hatte es einige Veranstaltungen gegeben, wie das 9. Altenparlament in Schwerin, die Regionalkonferenz des Landesseniorenbeirats und die Fachtagung "Älterwerden im Landkreis" in Ludwigslust. Die gegebenen Informationen forderten Diskussionen heraus und gaben Ideen für die Arbeit in den örtlichen Beiräten der Mitglieder.

Besonderes Augenmerk fand die Vorbereitung der 3. Landesseniorentage M-V im Oktober im Landkreis. So wurde die Konzeption aus dem "Büro für Chancengleichheit" vorgestellt, erweitert und gleichzeitig auf den neuesten Stand gebracht. Am Ende dankte die Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats, Ilona Mundt-Schalk, allen Organisatoren und Helfern herzlich für die gute Vorbereitung, die liebevolle Gestaltung des Klubraums und die freundliche Aufnahme vor Ort. Es war ein zwar anstrengender, aber auch sehr interessanter Tag für alle Mitglieder.

Bernd Thieke / Anett Nuklies

#### "Rentner haben niemals Zeit" – Freizeitaktivitäten gefragt

Unter dem Titel "Rentner haben niemals Zeit" schuf das DDR-Fernsehen 1977 nicht nur eine allseits bekannte und beliebte Fernsehserie, sondern auch eine bis heute gängige Redewendung. Aber was ist an dieser Aussage dran? Wenn es stimmt - was tun die "neuen Rentnerinnen und Rentner", heute auch Seniorinnen und Senioren genannt, in ihrer Freizeit?

In den vergangenen fast 40 Jahren haben sich die "Freizeitaktivitäten" merklich gewandelt. Im Mittelpunkt der so genannten zweiten Lebenshälfte stehen nicht nur die umsorgte Familie und der allseits beliebte Schrebergarten. Hinzu gekommen sind Reisen in alle Welt und das eine oder andere Hobby, das vor fast einem halben Jahrhundert nicht denkbar war.

Haben Sie ein Hobby und pflegen es mit Hingabe? Ist Ihre Leidenschaft im Hobbyraum oder Vereinszimmer eher klassisch oder doch modern? Egal wie groß oder klein, einfach oder kompliziert, alltäglich oder schräg – es ist für die meisten "Hobbyasten" die wahre Entspannung und ein Aufbewahren für die Zukunft. Wir, die Mitglieder des Kreisseniorenbeirats Ludwigslust-Parchim, suchen im Kreisgebiet nach Individualisten und Gruppen mit einem Herz zum Basteln, Sammeln, Bauen, Malen und was es sonst noch an kreativen Einfällen gibt. Egal, ob Sie das Hobby von Ihren Eltern oder Großeltern übernommen oder es selbst ins Leben gerufen haben wir sind sehr gespannt und freuen uns über viele interessante, abwechslungsreiche Meldungen bei uns!

Telefon: 03883-663129 oder E-Mail: Bernd.thieke@web.de

### LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

#### Blick hinter die Kulissen des Theaters

Anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Stralsunder Theaters gab es kürzlich eine Theaterführung mit anschließenden Gesprächen bei Kaffee und Kuchen statt. Die Arbeitsgruppe "Kultur, Sport und Freizeit" des Seniorenbeirats hatte diesen Termin für ihre Mitglieder und Angehörige im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Theater organisiert. Helga Haase von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit führte freundlich und mit viel Sachkenntnis durch die Räumlichkeiten und beantwortete geduldig die vielen Fragen. "100 Jahre Theater" am Olof-Palme-Platz wurde durch zahlreiche Bildtafeln im Foyer anschaulich dargestellt.

Mit großem Interesse konnten wir den Theatersaal, eine der Künstlergarderoben und die Probebühne besichtigen. Ein besonderes Erlebnis war das Betreten der Bühne hinter dem Eisernen



Helga Haase (rechts außen) führte durch das Theater.

Vorhang mit der Drehbühne, den Aufzügen für die Dekorationen und der Beleuchtungstechnik. Dieser Blick hinter die Kulissen unseres schönen Theaters war für uns Senioren sehr beeindru-

ckend und wird sicher den einen oder anderen beim nächsten Theaterbesuch zu neuer Sicht inspirieren.

> Monika Kleist AG "Kultur, Sport und Freizeit"

#### Geistige und körperliche Fitness in Stralsund

In diesem Sommer findet in Stralsund zum zwölften Mal das "Fest der Generationen" statt, zusammen mit dem 47. Zoofest. Am 3. Juli finden sich Jung und Alt im Zoo ein, um ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm und verschiedenste Aussteller zu genießen und den Tag im Freien gemeinsam zu verbringen. Ein generationsübergreifendes Fotoprojekt zeigt historisch interessante Häuser der Hansestadt. Im Rathaus geht es am 1. Juli in einem Vortrag um Tricks der Telefon- und Haustürbetrüger? Der Seniorensicherheitsberater und ehemalige Polizeihauptkommissar Norbert Laß berichtet von seinen Er-

fahrungen. Wenn der Sommer vorbei ist und der Garten nicht mehr ruft, lädt der Seniorenbeirat ein. Es geht darum, sein Wissen aufzufrischen, sich neue Kenntnisse anzueignen, aber auch um vergnügliche Abende in angenehmer Gesellschaft.

Im Oktober wird die Reihe "Seniorinnen ans Lenkrad" gestartet. Hier soll Frauen, die, trotz Führerschein, jahrelang nur Beifahrerinnen waren oder extrem unsicher im Umgang mit ihrem Auto sind, Mut zum selbstständigen Autofahren gemacht werden. Auch fürs Internet ist man nie zu alt. Wer damit umgehen kann, hat gewaltige Vorteile: Informati-

on, Kommunikation, neue Kontakte und Erkenntnisse. Und dann gibt es noch die Apps, geschätzt von vielen Senioren, die damit umzugehen gelernt haben. Die Smartphone-Schulung "Senioren, ab an die Apps!" wird wieder aufgelegt, denn der Bedarf ist längst nicht gedeckt. Derzeit geprüft und vorbereitet werden regelmäßige Tanzabende – nicht als Therapie, sondern als reines Vergnügen. Dass dabei auch die körperliche Bewegung fit hält, ist ein positiver Nebeneffekt. Die Termine werden im Internet unter www.seniorenbeirat-stralsund.de rechtzeitig bekannt gegeben.

Birgit Wacks

#### Bemühungen des Beirats waren von Erfolg gekrönt

Sofort nach dem Beschluss zur Schließung der Postfiliale im Ostseebad Prerow opponierte der Seniorenbeirat der Gemeinde und informierte die Lokalpresse über diese Unzumutbarkeit. In der anschließend gestarteten Unterschriftsaktion unterstützten mehr als 600 Bürgerinnen und Bürger die Forderung nach Wiedereröffnung. Es folgten Schreiben an die Landesregie-

rung und an verschiedene Ministerien in Berlin sowie Gespräche mit dem Bürgermeister, mit der Bundestags-

Fortsetzung auf Seite 40

abgeordneten Sonja Steffen und ein Treffen mit der Regionalbeauftragten der Deutschen Post in Berlin. In allen Bemühungen wurde der Beirat vom Vorsitzenden des Kreisseniorenbeirats Nord-Vorpommern und Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Fischland-Darß-Zingst, Michael Schmidt, engagiert unterstützt. Endlich war es amtlich: Prerow bekam wieder eine Postfiliale mit Finanzdienstleistung. Sie wurde Mitte Mai in der Langen Straße 32



Seniorenbeirat Prerow (von links nach rechts): Renate Klar, Elfi Witt, Heinz Hübner, Nelda Liedloff, Sigrid Barthel und Antje Jucknischke

eröffnet. Damit sind die Bemühungen des Seniorenbeirats erfolgreich abgeschlossen.

Er wendet sich jetzt der nächsten Aufgabe zu. Um sich zielgerichteter für die Interessen der Senioren der Gemeinde Prerow einsetzen zu können, startet der Beirat eine Fragebogenaktion zum Thema "Leben im Alter". Die Fragebögen werden den Bürgerinnen und Bürgern zugesandt, die das sechzigste Lebensjahr erreicht haben. Der Seniorenbeirat hofft auf möglichst viele Rücksendungen.

### LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

#### Wartelisten beim betreuten Wohnen

Am 11. Mai empfing der Oberbürgermeister Greifswalds den Vorstand des Seniorenbeirats der Universitäts- und Hansestadt traditionsgemäß zu einem Gespräch. Dr. Stefan Fassbinder erläuterte die zurzeit wichtigsten gemeinsamen Anliegen. Dabei ging er insbesondere auf das von Stadt und Seniorenbeirat erarbeitete Seniorenförderkonzept ein. Als Schwerpunkt wurde das bezahlbare Wohnen im Alter im Zusammenhang mit der zunehmenden Altersarmut und die Projekte zum Bau neuer Einrichtungen des betreuten Wohnens sowie das Projekt der städtischen Wohnungsgesellschaft (WVG) zur Gründung eines Tochterunternehmens für Sozial-, Pflege- und Hilfsdienstleistungen herausgestellt.

Die Mitglieder des Vorstands infor-



Dr. Stefan Fassbinder (links) im Gespräch mit dem Seniorenbeirat

mierten den Oberbürgermeister über die Bildung von Arbeitsgruppen zu den Schwerpunktthemen

- Wohnen und Wohnumfeld
- Infrastruktur (Seniorenorientierter Busverkehr, barrierefreie Geh- und Radwege und öffentliche Toiletten)
- Sport / Gesundheit / Prävention und die in diesem Zusammenhang bestehenden Probleme. Hinsichtlich

des Projekts der Wohnungs- und Verwaltungsgesellschaft zur Gründung eines Sozial-, Pflege- und Hilfsdienstleistungsdienstes wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es immer noch Wartelisten für Einrichtungen des betreuten Wohnens gibt und insofern ein Bedarf für die geplante Einrichtung besteht. Der Vorteil für die älteren Mieter der WVG bestehe beim Verbleib in der eigenen Wohnung in einer kostengünstigeren Lösung als beim Einzug in ein betreutes Wohnen. Die aufgeschlossene Atmosphäre und die sachlichen Diskussionen regten dazu an, solche Gespräche zum Wohle nicht nur der älteren Generation auch weiterhin zu pflegen.

> Harald Sieting Mitglied des Seniorenbeirats

#### So ähnlich wie eine U-Kurve

Die Lebenszufriedenheit sei uneingeschränkt eine Frage des Alters. Das haben Wissenschaftler aus 50 Nationen über alle sozialökonomischen Gruppen hinweg herausgefunden und in einer Studie des Center of Economic Performance an der London School of Economics veröffentlicht. Das Wohlbefinden folge im Laufe des Erwachsenenlebens einer U-Kurve: Fühlen sich die Menschen mit Zwanzig vergleichsweise wohl, sinkt die Zufriedenheit bis etwa zum 50. Lebensjahr – in der so genannten Midlife Crisis. Danach geht es wieder bergauf. Erst mit Fünfundsiebzig verlässt die Kurve dann die U-Form – die Zufriedenheit sinkt wieder.

### Ein Generationenkonflikt ist widersinnig

Volkssolidarität begrüßt Rentenplus und lehnt Schäuble-Vorschlag strikt ab

"Die Volkssolidarität begrüßt die Debatte über eine grundsätzliche Reform der Alterssicherung." Das erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Dr. Wolfram Friedersdorff. Das Ziel müsse es sein, die gesetzliche Rente wieder zu stärken und das Rentenniveau anzuheben. Er reagierte damit auf Äußerungen aus der Regierungskoalition zu notwendigen Änderungen in der sozialen Absicherung für das Alter. Der Verbandspräsident äußerte sich positiv zur Ankündigung von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, ein neues Gesamtkonzept für die Alterssicherung vorzulegen.

"Es geht uns um grundlegende Reformen und nicht bloß um ein Schielen auf die Bundestagswahl 2017. Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, das Rentenniveau mittelfristig bei mindestens 50 Prozent zu stabilisieren. Es darf nicht sein, dass ein Durchschnittsverdiener zum Ende des nächsten Jahrzehnts fast 35 Jahre für eine Rente braucht, die sich gerade einmal auf der Höhe der Grundsicherung im Alter bewegt."

Das ab Juli geltende Rentenplus findet

ebenfalls eine positive Reaktion bei der Volkssolidarität. Angesichts niedriger Preissteigerungsraten bedeute es wieder einen realen Einkommenszuwachs. Allerdings reiche dies nicht aus, die drohende Zunahme der Altersarmut für die kommenden Rentnergenerationen zu verhindern. Das hohe Rentenplus sei allerdings eine Ausnahme, die auf statistische Effekte zurückzuführen sei und sich in den kommenden Jahren nicht wiederholen werde. VS-Präsident Friedersdorff betonte, dass die Erhöhung zeige, wie die Rentenentwicklung längerfristig verlaufen könnte, wenn sie sich ohne "Kürzungsfaktoren" stärker an der Lohnentwicklung orientieren würde.

Die Volkssolidarität lehnt hingegen eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters entschieden ab. Dr. Wolfram Friedersdorff bezeichnete einen entsprechenden Vorschlag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble als fragwürdig. "Damit wird von den eigentlichen Problemen der Rentenversicherung und der Altersvorsorge abgelenkt. Er widerspricht den Interessen der heutigen jüngeren Generation,

die solche Vorschläge ebenso ausbaden müsse wie die schon heute existierenden negativen Folgen der bisherigen sogenannten Rentenreformen." Schäubles Vorschlag stoße die Jüngeren vor den Kopf. Sie seien ohnehin schon gezwungen ist, erst mit 67 Jahren in die Rente zu gehen.

Anlässlich des Tages der älteren Generation am 6. April würdigte der VS-Präsident die Seniorinnen und Senioren, die "einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag für das Zusammenleben der Generationen und für eine demokratische und soziale Gesellschaft" leisten. Wer etwas für die ältere Generation tun wolle, müsse sich allerdings mit dafür einsetzen, Altersarmut zu verhindern. Friedersdorff wandte sich zugleich gegen fortgesetzte Behauptungen, die Alten würden die Jungen ausbeuten. "Wer so etwas wider besseren Wissens von sich gibt, zündelt gefährlich am sozialen Frieden in unserem Lande. Dieses Schüren eines Generationenkonflikts entspricht weder den Realitäten, noch leistet es irgendeinen positiven Beitrag zur Zukunftsgestaltung in unserem Land."

### Startschuss für Werkstattplan und -koffer

Bundesfamilienministerium unterstützt Kommunen bei der Gestaltung des demografischen Wandels

Der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft – allerdings von Region zu Region auf ganz unterschiedliche Weise. Umso wichtiger ist es, dass sich Städte und Gemeinden mit langfristigen Konzepten für die Zukunft wappnen. Mit dem Projekt "Demografiewerkstatt Kommunen" unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zwei Gemeinden, zwei Städte und vier Landkreise mit Hilfe externer Beratungsteams über einen Zeitraum von fünf Jahren bei der Ent-

wicklung von Lösungsansätzen. Ausgewählt wurden die Gemeinde Adorf im Vogtland, die Städte Dortmund und Riesa sowie die Landkreise Düren, Dithmarschen, Emsland mit der Gemeinde Vrees und der Regionalverband Saarbrücken. Die Gemeinde Grabow startet in einem zeitlich versetzten Beratungsprozess mit dem Ziel, Erfahrungen der anderen Kommunen schon gezielt auf ihre Übertragbarkeit hin überprüfen zu können. Neben dem BMFSFJ fördert auch die Deutsche Fernsehlotterie das Projekt.

Die beteiligten Kommunen werden bei der Umsetzung eines gemeinsam erarbeiteten Konzepts ("Werkstattplan") begleitet und erhalten als Förderung jeweils 40 000 Euro. Entwickelt werden soll ein "Werkzeugkoffer", der auf andere Kommunen übertragbar ist. Weitere Projektpartner sind die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. / Institut für Gerontologie an der TU Dortmund (wissenschaftliche Begleitung) und das Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.

### **Gesetzentwurf in erster Lesung beraten**

Neue gemeinsame Ausbildung in der Gesundheits-, Alten- und Kinderkrankenpflege

Der Deutsche Bundestag hat sich in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der Pflegeberufe beraten. Mit dem Gesetzentwurf sollen die Ausbildungen in der Alten-, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einer neuen gemeinsamen Ausbildung mit den Berufsabschlüssen Pflegefachfrau und Pflegefachmann zusammengeführt werden. Dadurch werden die Grundlagen für ein Berufsbild "Pflege" geschaffen, das den stetig wachsenden Anforderungen an die Pflege der Zukunft entspricht.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elke Ferner, betonte: "Gute Pflege kann ohne eine ausreichende Zahl qualifizierter und motivierter Pflegefachkräfte nicht gewährleistet werden. Das Pflegebe-

rufsgesetz wird einen wesentlichen Beitrag leisten, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden."

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe machte deutlich: "Pflegerinnen und Pfleger setzen sich tagtäglich unermüdlich für andere ein. Dafür haben sie gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung verdient. Wenn wir mehr Menschen für die Pflege begeistern wollen, brauchen wir aber auch eine moderne Ausbildung, die auf die veränderten Anforderungen in der Praxis vorbereitet und zugleich bessere Berufs- und Aufstiegschancen schafft."

Der größte Teil der Ausbildung findet in der Praxis beim jeweiligen Ausbildungsträger statt. Sie wird für die Auszubildenden kostenfrei sein. Statt Schulgeld bezahlen zu müssen, sollen sie eine Ausbildungsvergütung erhalten.

Seitens der Verbände sind die Reaktio-

nen gewohnt unterschiedlich. Andreas Westerfellhaus vom Deutschen Pflegerat ist sich sicher, dass "durch die neue, moderne Pflegeausbildung die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert wird. Dadurch werden wir mehr Pflegefachkräfte gewinnen." Bernd Meurer vom Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste mahnt hingegen: "Mein Eindruck verstärkt sich immer mehr, dass das eine Konzeption einiger Ideologen ist, aber nichts mit der betrieblichen und beruflichen Praxis zu tun hat." Prof. Dr. Georg Cremer von der Caritas sieht in der "generalistischen Pflegeausbildung die richtige Antwort auf die Herausforderungen unseres Gesundheitswesens" und für Maria Loheide von der Diakonie ist "eine gemeinsame Ausbildung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege längst überfällig. Die Pflegeausbildung muss modernisiert werden."

### Neue Konzepte für die Pflege

Staatssekretär Karl-Josef Laumann: Geld für mehr Personal ist vorhanden

Zum 1. Januar 2017 tritt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff in Kraft. Damit wird eine völlig neue, gerechtere Begutachtungssystematik Realität, von der insbesondere an Demenz erkrankte Menschen profitieren. Das erfordere neue Konzepte für die Pflege – nicht zuletzt im stationären Bereich. "Der

hohe Personalaufwand, der mit der Umstellung einhergeht, muss sich dabei selbstverständlich auch in den Personalschlüsseln abbilden", sagte dazu der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, bei der Veröffentlichung seines Positionspapiers zur Umsetzung des

zweiten Pflegestärkungsgesetzes in stationären Einrichtungen. Laumann wendet sich an die Vereinbarungspartner auf Landesebene: "Der Bundesgesetzgeber hat dafür bereits die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen. Geld für mehr Leistungen – und damit auch für mehr Personal – ist vorhanden."

### Es fehlen noch verbindliche Regelungen

Behinderte stoßen im Alltag weiterhin auf zahlreiche Barrieren

Anlässlich der ersten Lesung zur "Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts" hat das Deutsche Institut für Menschenrechte die Bundestagsabgeordneten aufgefordert, mit dem Gesetz auch Private

wirksam zur Beseitigung und Vermeidung von Barrieren zu verpflichten. Zwar enthalte der Gesetzentwurf der Bundesregierung Verbesserungen. "Es fehlen jedoch verbindliche Regelungen für mehr Zugänglichkeit im pri-

vaten Bereich, etwa beim Wohnen, Einkaufen, bei der Mobilität oder der Freizeit – gerade dort, wo Menschen mit Behinderungen in ihrem Alltag immer noch auf zahlreiche Hindernisse stoßen", kritisiert Valentin Aichele, der Leiter der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention des Instituts. Weniger dem zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales als anderen Ressorts der Bundesregierung sei es anzulasten, dass der Entwurf keine Barrierefreiheit in Lebensbereichen gewährleiste, die von Privaten kontrolliert würden. "Die Bundesregierung hat es bislang versäumt, für Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zu sorgen." Barrierefreiheit müsse auch bei Förderprogrammen mitbedacht werden, etwa im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

### Eine neue Art, im Alter zu leben

Nutzer, Immobilienunternehmen und Kommunen interessieren sich für neue Wohnformen

In Deutschland entscheiden sich seit einigen Jahren immer mehr Ältere für neue Wohnformen. Oft gründen sie Senioren-WGs oder teilen sich mit Jüngeren ein Dach. Mit dem Modellprojekt "Gemeinschaftlich wohnen, selbstbestimmt leben" fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jetzt diese neue Art, im Alter zu leben.

Nicht nur die Nutzer interessieren sich für die neuen Wohnformen, auch Immobilienunternehmen und Kommunen sind zunehmend offen für die neuen Modelle. Um geeignete Projekte zu finden, wurden Bürger, Wohnungsgesellschaften und Kommunen aufgerufen, Projektvorschläge einzureichen. Aus den Vorschlägen wurden 29 Modelle mit unterschied-

lichen Schwerpunkten ausgewählt. Bis zum Ende der Laufzeit des Modell-programms 2019 wird das Bundesfamilienministerium die ausgewählten Projekte mit insgesamt 3,9 Millionen Euro unterstützen. Die organisatorische Begleitung übernahm das FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V. Bundesvereinigung.

#### **IMPRESSUM**

### Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Mai 2016; Redaktionsschluss für Nr. 3/2016: 15. August 2016

### Lebenswünsche

Das große Glück, noch klein zu sein, sieht mancher Mensch als Kind nicht ein und möchte, dass er ungefähr so 16 oder 17 wär'.

Doch schon mit 18 denkt er: Halt, wer über 20 ist, ist alt. Kaum ist die 20 knapp geschafft, erscheint die 30 greisenhaft.

Und dann die 40 - welche Wende -, die gilt so beinah als das Ende. Doch nach der 50 peu-à-peu schraubt man das Ende in die Höh'.

Die 60 erscheint noch ganz passabel und erst die 70 miserabel. Mit 70 aber hofft man still: "Ich werde 80, so Gott will."

Und wer die 80 überlebt, zielsicher auf die 90 strebt. Dort angelangt, zählt man geschwind die Leute, die noch älter sind.

Wilhelm Busch (1832-1908)



# Informieren Sie sich. Wir beraten Sie gern.

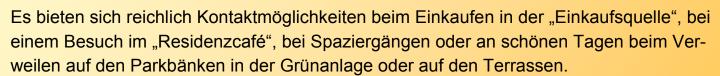
Vollstationäre Pflege Kurzzeitpflege Verhinderungspflege Urlaubspflege Betreutes Wohnen Mietwohnen

## Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.



Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.



### Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45, 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 11 Pflegeleitung: Britta Schermer, Tel.: 0385 / 20 10 10 52